

HRK

Institutionelle Sprachenpolitik an Hochschulen – Fortschritte und Herausforderungen

Beiträge zur Hochschulpolitik 1/2019

HRK Hochschulrektorenkonferenz
Die Stimme der Hochschulen

Institutionelle Sprachenpolitik an Hochschulen – Fortschritte und Herausforderungen

Beiträge zur Hochschulpolitik 1/2019

Beiträge zur Hochschulpolitik
1/2019

Herausgegeben von der
Hochschulrektorenkonferenz

Redaktion:
Iris Danowski
Dr. Jennifer Gronau

Leipziger Platz 11, 10117 Berlin
Tel.: 030 206292-0
Fax: 030 206292-15

Ahrstraße 39, 53175 Bonn
Tel.: 0228 887-0
Fax: 0228 887-110

www.hrk.de

Berlin, Februar 2019

Nachdruck und Verwendung in
elektronischen Systemen – auch
auszugsweise – nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung durch die
Hochschulrektorenkonferenz.

Reprinting and use in electronic systems of
this document or extracts from it are subject
to the prior written approval of the German
Rectors' Conference.

ISBN 978-3-942600-79-8

Inhaltsverzeichnis

Grußwort	5
1. Einleitung	7
2. Ergebnisse des HRK-Workshops „Institutionelle Sprachenpolitik an deutschen Hochschulen“	9
3. Sprachenpolitik an Hochschulen – Beispiele aus Deutschland	17
3.1. Interview mit Prof. Feichtner	17
3.2. Sprachenpolitik an der Technischen Universität Braunschweig	24
3.3. Ein Bewusstsein für Sprachen an der Hochschule schaffen – Institutionelle Sprachenpolitik an der Leibniz Universität Hannover	31
3.4. Sprachenpolitik als Bestandteil der Internationalisierungsstrategie der Universität Bonn	40
3.5. Institutionelle Sprachenpolitik an der Hochschule Anhalt	47
4. Sprachenpolitik an Hochschulen – Beispiele aus Europa	55
4.1. Language policy and multilingual practices at University of Copenhagen	55
4.2. Developing institutional language policies in higher education: Case University of Helsinki	63
5. Ergebnisse der HRK-Umfrage zur Sprachenpolitik an deutschen Hochschulen	69
6. Studie zum Thema Sprachenpolitik an den Hochschulen in den Niederlanden	77
6.1. Einleitung	77
6.2. Studie der Königlichen Akademie der Wissenschaften zum Thema Sprachenpolitik an den Hochschulen in den Niederlanden	80
7. Weiterführende Lektüretipps für Interessierte	89

Grußwort

Förderung der Mehrsprachigkeit, Sprachenvielfalt und dem Bewusstsein für sprachpolitische Fragestellungen an den Hochschulen - dies waren zentrale Inhalte der 2011 von der HRK verabschiedeten Empfehlung zur Sprachenpolitik an deutschen Hochschulen. Für viele Hochschulen war damals eine institutionelle Auseinandersetzung mit diesen Themen noch Neuland. Seither hat sich viel bewegt: Die deutschen Hochschulen setzen sich in vielfältiger Weise für die Verbesserung und den Ausbau von Sprachkompetenzen aller Hochschulangehörigen ein. Zudem verfügt eine steigende Anzahl von Hochschulen über sprachpolitische Leitlinien oder gar eine explizite institutionelle Sprachenpolitik - einige Beispiele finden Sie in der vorliegenden Publikation.

Im Fokus der Diskussionen zum Thema Sprachenpolitik stehen Aspekte wie das Verhältnis von Deutsch und Englisch als Wissenschafts- und als Verkehrssprache, die Rolle anderer Wissenschafts- und Herkunftssprachen sowie Maßnahmen zur Förderung sowohl der institutionellen als auch der individuellen Mehrsprachigkeit aller Hochschulangehörigen. Im akademischen Kontext ist dabei zu berücksichtigen, dass Sprachenfragen in den verschiedenen Disziplinen einen sehr unterschiedlichen Stellenwert einnehmen können: So findet im Bereich der Naturwissenschaften sowohl die wissenschaftliche als auch die nichtwissenschaftliche Kommunikation vielfach auf Englisch statt, während in anderen Fällen das Deutsche für den direkten Austausch mit Akteuren im Umfeld der Hochschule unabdingbar ist. Für die Geisteswissenschaften als ausgeprägt sprachgebundene Disziplinen hat dagegen der Fortbestand der eigenen (Wissenschafts-)Sprache eine ganz andere Qualität, und in den Philologien können wiederum noch völlig andere Sprachen in den Mittelpunkt rücken.

Diese unterschiedlichen disziplinären Voraussetzungen gilt es in Zukunft noch stärker bewusst zu machen. Auch die unterschiedlichen Erfordernisse in verschiedenen Kommunikationssituationen sollten in den Blick genommen werden. Eine Chance könnte dabei insbesondere in einer verstärkten Nutzung des Konzepts der rezeptiven Mehrsprachigkeit

liegen. Und auch bei neuen Entwicklungen bleiben Sprachenfragen relevant: So strebt die neue ERASMUS+-Programmlinie „Europäische Hochschulen“ unter anderem explizit das Ziel an, eine „neue Generation von Europäern“ zusammenzuführen, die in der Lage sind, „in verschiedenen europäischen und globalen Kulturen, in verschiedenen Sprachen (...) zusammenzuarbeiten“.

In diesem und vielen weiteren Kontexten müssen die Hochschulen auch in Zukunft Antworten auf die Forderung nach und Förderung von Sprachkenntnissen und Sprachvielfalt finden. Mit der vorliegenden Publikation möchte die Hochschulrektorenkonferenz ihre Mitglieder bei der weiteren Beschäftigung mit diesem Thema unterstützen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!



Prof. Dr.-Ing. Bernd Scholz-Reiter

Vizepräsident für Internationale Angelegenheiten der
Hochschulrektorenkonferenz

1. Einleitung

Die Mitgliederversammlung der HRK hat Ende 2011 die Empfehlung „Sprachenpolitik an deutschen Hochschulen“ verabschiedet, um angesichts einer immer umfassenderen Internationalisierung der Hochschulen die Aufmerksamkeit auf die damit verknüpften sprachpolitischen Fragen zu richten. Damit verbunden ist ein Bekenntnis zu dem Ziel der Mehrsprachigkeit in der Wissenschaft auf nationaler als auch internationaler Ebene. Die Hochschulen werden in dieser Empfehlung dazu aufgerufen, Sprachenpolitik als ein die gesamte Institution betreffendes Thema zu betrachten und entsprechende Positionen zu entwickeln. Der bewusste Einsatz unterschiedlicher Sprachen im Hochschulalltag soll dabei sowohl zum Erhalt des Deutschen als Wissenschaftssprache beitragen, als auch den qualifizierten Erwerb und Einsatz anderer Sprachen fördern.

Die HRK hat das Thema Sprachenpolitik in den vergangenen Jahren in verschiedenen Formaten begleitet. Ende Januar 2018 veranstaltete sie den Workshop „Institutionelle Sprachenpolitik an Hochschulen“, zu dem Vertreterinnen und Vertreter auf Hochschulleitungsebene, von Sprachenzentren und von International Offices eingeladen waren. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus Deutschland und Europa wurde sowohl mit Blick auf strategische Aspekte als auch operationelle Fragestellungen diskutiert, inwieweit die Empfehlungen an den deutschen Hochschulen aufgegriffen wurden, ob an den Hochschulen die Ausarbeitung und Implementierung einer institutionellen Sprachenpolitik gelungen ist und wo die damit verbundenen Herausforderungen liegen. Eine Zusammenfassung der Workshop-Ergebnisse sind in Kapitel 2 zu finden. In Kapitel 3 und 4 vermitteln Beiträge verschiedener deutscher und europäischer Hochschulen einen Eindruck davon, wie die Hochschulen als Institutionen mit dem Thema Sprachenpolitik umgehen und welche Implikationen sich hieraus ergeben. Auf die Ergebnisse der Umfrage zur Sprachenpolitik an deutschen Hochschulen, die als Vorbereitung auf den Workshop durchgeführt wurde, wird in Kapitel 5 eingegangen. Schließlich werden in Kapitel 6 die Ergebnisse einer in den Niederlanden durchgeführten Studie zur Sprachenwahl im Hochschulbereich vorgestellt. Am Ende dieser

Publikation finden interessierte Leser in Kapitel 7 zudem Empfehlungen für eine weiterführende Lektüre.

Im Laufe des Jahres 2018 haben weitere deutsche Hochschulen eigene sprachenpolitische Dokumente verabschiedet. Auch hat der Wissenschaftsrat in seinen im Juli 2018 erschienenen „Empfehlungen zur Internationalisierung von Hochschulen“ die Bedeutung einer zu dem Profil der einzelnen Hochschulen passenden Sprachenpolitik unterstrichen, die auch die Verwaltung einbezieht. Der Wissenschaftsrat betont in seiner Empfehlung: „[Institutionelle Sprachenpolitik] dient der Ausbildung mehrsprachiger und interkulturell kompetenter inländischer wie ausländischer Hochschulabsolventinnen und -absolventen für einen zunehmend international geprägten Arbeitsmarkt und trägt zur internationalen Sichtbarkeit und Attraktivität einer Hochschule bei. Mehrsprachigkeit ist zugleich Ausdruck der Internationalität von Wissenschaft, zumal in Europa.“¹ In diesem Sinn will auch die vorliegende Publikation dazu beitragen, die Hochschulen in ihrer Auseinandersetzung mit sprachenpolitischen Fragestellungen zu unterstützen und passende institutionelle Antworten auf sprachenpolitische Fragestellungen zu finden.

¹ Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Internationalisierung von Hochschulen, Drs. 7118 - 18, München, 06.07.2018, S. 11

2. Ergebnisse des HRK-Workshops „Institutionelle Sprachenpolitik an deutschen Hochschulen“

Im Januar 2018 lud die HRK Hochschulleitungen, Vertreterinnen und Vertreter von Akademischen Auslandsämtern/International Offices sowie von Sprachenzentren zu einem Workshop zum Thema „Institutionelle Sprachenpolitik an Hochschulen“ nach Bonn ein. Gemeinsam erörterten die Workshop-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer, wie sich die Situation an den Hochschulen derzeit darstellt, vor welchen Herausforderungen die verschiedenen Akteure stehen, aber auch welche Erfolge erzielt werden konnten. Ziel war es dabei insbesondere, die verschiedenen Akteursgruppen zusammenzubringen und den Rahmen für einen Austausch sowohl im Hinblick auf strategische als auch operative Fragestellungen der Sprachenpolitik zu bieten. Zudem waren verschiedene Gäste aus dem europäischen Ausland eingeladen, um durch Berichte über den Umgang der Hochschulen mit dem Thema Sprachenpolitik in anderen Ländern die Perspektive zu erweitern und den grenzüberschreitenden Dialog zu fördern.

Als ein konkretes Beispiel für die Erfahrungen einer deutschen Hochschule stellte Eva-Maria Feichtner, Konrektorin für Internationalität und Diversität der Universität Bremen, die Sprachenpolitik der Universität Bremen vor (Vgl. Kap 3.1.), während Ulrich Ammon, Universität Duisburg-Essen, in seinem Vortrag aus übergreifender Perspektive die Bedeutung von Sprachen(politik) für Wissenschaft und Hochschulen beleuchtete. Anne Holmen, Director of the Center for Internationalisation and Parallel Language Use, University of Copenhagen, Dänemark, berichtete, wie das Leitbild des „parallel language use“ an der Universität Kopenhagen mit Leben gefüllt wird und Tiina Kosunen erklärte das Konzept der „funktionalen Multilingualität“ der Universität Helsinki (vgl. Kap. 4.2.). Ergänzend stellte Paul Rüpp, Mitglied des Committee „Language policy in Dutch higher education“ der Königlich Niederländischen Akademie der Wissenschaften (KNAW), die Ergebnisse der

2017 von der KNAW veröffentlichten Studie „Nederlands-en-of-engels“ vor, die sich mit dem Verhältnis der niederländischen und der englischen Sprache an niederländischen Hochschulen befasst (Vgl. Kap.6).

Die spezifischen Herausforderungen, vor denen die deutschen Hochschulen im Hinblick auf sprachenpolitische Fragestellungen stehen, wurden im Verlauf des Workshops im Rahmen von mehreren Arbeitsgruppen vertieft. Ziel war es dabei, sowohl einen Überblick über die aktuellen Problemfelder zu erhalten als auch mögliche Lösungsansätze zu diskutieren. Es zeigte sich, dass vor allem Bedarf daran bestand, die Themenfelder „Lehre und Studium“ sowie „Verwaltung“ zu diskutieren, während im Hinblick auf den Forschungsbereich aktuell kein Gesprächsbedarf bestand. Dieser erste Befund deckte sich auch mit den Ergebnissen der HRK-Umfrage zu Sprachenpolitik, die ebenfalls im Rahmen des Workshops vorgestellt wurden (Vgl. Kap. 5).

In den Diskussionen innerhalb der verschiedenen Arbeitsgruppen wurden die folgenden Herausforderungen identifiziert und jeweils mögliche Lösungsansätze diskutiert:

- Die institutionelle Auseinandersetzung mit dem Thema Sprachenpolitik ist in den allermeisten Hochschulen kein Selbstläufer. Vielmehr muss häufig innerhalb der jeweiligen Hochschule zunächst ein Bewusstsein und eine Akzeptanz für die Thematik geschaffen werden. So wird beispielsweise die Relevanz von Sprachen für die fachliche Ausbildung in den Fakultäten und Fachbereichen häufig unterschätzt. Gerade bei der Ausarbeitung der Curricula wird in der Regel fachlichen Gesichtspunkten gegenüber den (Fremd-)Sprachen größere Priorität eingeräumt. Die curriculare Verankerung von Sprachen stellt daher eine besondere Herausforderung dar. Es ist daher davon auszugehen, dass zur Implementierung einer stringenten institutionellen Sprachenpolitik viel Überzeugungsarbeit in der gesamten Institution und gegenüber allen Statusgruppen erforderlich ist. Für eine größtmögliche Akzeptanz des Themas sollten alle Akteure in der Hochschule berücksichtigt und in geeigneter Weise einbezogen werden. In diesem Sinne sollte zudem auch viel Wert auf persönliche Gespräche und „Netzwerken“ in der eigenen Institution gelegt werden.

- Angesichts ihrer engen Verbindung zur eigenen Fachlichkeit implizieren Sprachenfragen für viele Hochschulangehörige eine nicht zu unterschätzende emotionale Dimension. Unter Umständen sind sie mit Vorbehalten und Ängsten verbunden, die einen rein sachlichen Umgang mit der Thematik erschweren können. Um die Notwendigkeit einer Sprachenpolitik deutlich zu machen, kann es hilfreich sein, „unverdächtige“ Promotoren zu identifizieren, d. h. Personen, die durch ihre fachliche Ausrichtung bzw. institutionelle Anbindung keinen unmittelbaren Bezug zu dem Themenkomplex Sprachen / Sprachenpolitik haben, sich aber durch eine Sensibilität im Hinblick auf Sprachenfragen auszeichnen und damit als unvoreingenommene Anwälte für diese Themen auftreten können. In den Gremien kann sich insbesondere eine Unterstützung durch Studierende / Fachschaften als sehr hilfreich erweisen. Nicht zuletzt können Beispiele guter Praxis von strategischen Partnerhochschulen in der eigenen Institution als Überzeugungshilfe genutzt werden.
- Die strategische Verantwortung für die institutionelle Sprachenpolitik sollte bei der Hochschulleitung liegen. Gleichwohl sollten bei entsprechenden Diskussionsprozessen alle relevanten Akteure einbezogen werden (z. B. AAA/IO, Sprachenzentrum, Kommunikations-/ Marketingabteilung, Personalentwicklung). In diesem Sinne kann sich auch das Einsetzen einer Kommission der Stakeholder als nützlich erweisen.
- Für den Erfolg von sprachenspolitischen Leitlinien und Maßnahmen ist es entscheidend, dass realistische institutionelle Ziele formuliert werden und eine Verknüpfung der Sprachenpolitik mit anderen Strategien/Strategiedokumenten erfolgt. Zudem sollte die institutionelle Verbindlichkeit sichergestellt und auf eine transparente und umfassende Kommunikation geachtet werden.
- Gerade auch im Kontext mit sprachenspolitischen Entscheidungen spielt die Frage nach den benötigten bzw. vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen eine wichtige Rolle und muss transparent geklärt werden. Es muss daher Klarheit darüber hergestellt werden, welche Konsequenzen konkrete sprachenspolitische Entscheidungen

nach sich ziehen (beispielsweise im Hinblick auf notwendig werdende sprachliche (Weiter-)Qualifizierungen, Übersetzungen von Dokumenten oder der Konzeption eines fremdsprachigen Internetauftritts) und welche Ressourcen hierfür an der Hochschule zur Verfügung stehen.

- Mangelnde Ressourcen und Kapazitäten können die Akzeptanz und Umsetzung von sprachpolitischen Entscheidungen (wie den vermehrten Einsatz von Englisch auch in der Verwaltung) erschweren. Gegebenenfalls kann die Einrichtung neuer Stellen erforderlich sein. Eine genaue Definition der Bedarfe hilft dabei, Ressourcen sinnvoll einzusetzen. Auch sollte daran gedacht werden, vorhandene Fördergelder zu nutzen (EU, Land, Stiftungen...). Bei der Umsetzung von einzelnen Maßnahmen können ggf. über die Kooperation mehrerer Hochschulen Aktivitäten gebündelt und Synergieeffekte erzielt werden. Um Ressourcen zu schonen bzw. fehlende Ressourcen zu kompensieren, sollte geprüft werden, wo bestehende Angebote zur Vertiefung von Sprachkenntnissen genutzt werden können (Sprachcafé, E-Learning, Bildungsurlaub...). Eine weitere Möglichkeit kann darin liegen, entsprechende Angebote mit anderen Zielen zu verbinden (z. B. Sprachkurs als Teambuildingmaßnahme).
- In allen Arbeitsbereichen der Hochschulen werden Probleme auf Grund von unzureichenden Sprachkenntnissen beobachtet. Hierzu gehören bspw. die für ein erfolgreiches Studium nicht ausreichenden Sprachkenntnisse internationaler oder heimischer Studierender (in diesem Kontext wird zudem auch die Rolle der Lern- und Studienkultur häufig unterschätzt) oder die nicht immer gewährleistete Qualität englischsprachiger Lehre. Eine entsprechende Evaluierung fehlt oder erfolgt nicht immer in ausreichendem Maße. Daher ist einerseits darauf zu achten, dass genügend Unterstützungsangebote wie zum Beispiel Sprachtrainings zur Verfügung stehen und ggf. auch in die Curricula integriert werden. Andererseits sollte sichergestellt werden, dass beispielsweise englischsprachige Lehrangebote in die Qualitätsmanagementsysteme einbezogen werden.

- Es fehlt häufig an attraktiven Anreizen für Lehrende und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Bereich, Sprachkenntnisse zu erwerben bzw. zu erweitern. Hier kann es hilfreich sein, über das Anbieten von Zusatzqualifikationen bzw. Zertifikaten, das Wahrnehmen von Sprachkursen attraktiver zu machen. Gleichzeitig können maßgeschneiderte Angebote und Coaching als Anreize für Lehrende und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingesetzt werden, ihre Fremdsprachenkenntnisse zu professionalisieren. Zudem sollte verstärkt auf die Förderung der staff mobility (z. B. im Rahmen von ERASMUS-Kooperationen) gesetzt werden. Insgesamt sollte dafür Sorge getragen werden, dass die Angebote der Hochschule gut an die existierenden Bedarfe angepasst sind, indem beispielsweise die Kurse zu Zeiten angeboten werden, in denen die angesprochenen Personengruppen nicht durch andere Verpflichtungen gebunden sind. Auch sollten die Formate gut auf den Bedarf und die Möglichkeiten der Teilnehmenden abgestimmt sein (z. B. neben Präsenzsprachkursen auch blended learning- oder online-Angebote sowie Coaching-Angebote für Forschungs- und Lehrpersonal).
- Ein Teil der Personen, die in den Hochschulverwaltungen arbeiten, erscheint wenig motiviert, Fremdsprachenkenntnisse zu erwerben bzw. einzusetzen, wobei zugleich entsprechende Anreize für diese Personengruppe fehlen (und die Dotierung der Stellen häufig Fremdsprachenkenntnisse nicht abdeckt). Darüber hinaus können sprachpolitische Entscheidungen und insbesondere der damit häufig verknüpfte vermehrte Einsatz von Fremdsprachen bei einigen Personengruppen auch Ängste auslösen. In diesem Kontext kann eine Sensibilisierung der Führungskräfte für die Belange der Beteiligten dabei helfen, bedarfsgerechte Lösungen zu finden und so die Implementierung sprachpolitischer Maßnahmen unterstützen. Auch erleichtert es die Überzeugungsarbeit, wenn ein Bezug zu den jeweiligen individuellen Tätigkeiten hergestellt werden kann und der Fokus auf Arbeitserleichterungen gelegt wird. Zudem kann der Erwerb von Fremdsprachenkenntnissen (bzw. interkulturellen Kompetenzen) durch die Einführung von Zertifikaten honoriert werden, die in die Personalakte aufgenommen werden.

- Es sollte darauf geachtet werden zu klären, wie bei einem vermehrten Einsatz von Fremdsprachen an den Hochschulen damit umzugehen ist, dass Deutsch die Amtssprache bleibt. Dies kann beispielsweise dann zu Problemen führen, wenn bei der Rekrutierung von internationalem wissenschaftlichen Personal die Vertragsdokumente in deutscher Sprache unterzeichnet werden müssen. In diesem Kontext können ggf. neben der Übersetzung der jeweiligen Dokumente auch entsprechende Beratungs- und Unterstützungsangebote weiterhelfen.
- Für eine erfolgreiche Kommunikation mit internationalen Hochschulangehörigen bzw. Gästen bedarf es neben Fremdsprachenkenntnissen auch entsprechender interkultureller Kompetenzen. In diesem Kontext kann über die Erhöhung des Anteils internationaler oder international erfahrener Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter nicht nur zu einer Diversifizierung der vorhandenen Sprachkenntnisse, sondern auch zu erhöhter Interkulturalität beitragen.
- Insgesamt sollte bei allen Maßnahmen, die im Rahmen der Implementierung einer institutionellen Sprachenpolitik geplant und durchgeführt werden, ein Feedback der betroffenen Hochschulangehörigen eingeholt und ausgewertet werden. Zudem sollte ein übergeordnetes Monitoring des gesamten Implementierungsprozesses erfolgen.

Fazit

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops waren sich einig, dass die Entwicklung und Implementierung einer institutionellen Sprachenpolitik für Hochschulen eine komplexe Aufgabe darstellt, die eine Vielzahl von Themenfeldern berührt und die Berücksichtigung sehr unterschiedlicher Interessensbereiche erfordert. So divergieren in einer Hochschule nicht nur die Anliegen und Erfordernisse verschiedener Fakultäten und Fachbereiche, sondern auch die Erwartungen und Notwendigkeiten der unterschiedlichen Arbeitsebenen. Obendrein erfordert der Umgang mit dem Thema „Sprache“ auf Grund der damit verbundenen Emotionen eine große Sensibilität, damit nicht unbedacht

Widerstände oder Ängste erzeugt werden, sondern vielmehr eine größtmögliche Akzeptanz auf allen Ebenen geschaffen wird.

Bei der Erarbeitung einer Sprachenpolitik empfiehlt es sich daher, eine Herangehensweise zu wählen, die geeignet ist, die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Akteure angemessen zu berücksichtigen. Eine institutionelle Sprachenpolitik stellt dabei selbstverständlich keinen Selbstzweck dar, noch gibt es einfach zu kopierende Standardlösungen. Eine intensive Auseinandersetzung mit der spezifischen Situation vor Ort bleibt unabdingbar, um zu gewährleisten, dass die Sprachenpolitik zu Profil und Leitbild der Hochschule passt und damit zu den institutionellen Zielen der Hochschule beiträgt. Schließlich ist es für den Erfolg einer Sprachenpolitik entscheidend, die konkrete Umsetzung von Anfang an mitzudenken und die hiermit verknüpften Fragen nach den benötigten bzw. vorhandenen Ressourcen zu klären.

3. Sprachenpolitik an Hochschulen – Beispiele aus Deutschland

3.1. Interview mit Prof. Feichtner

HRK: Frau Professor Feichtner, würden Sie uns erläutern, welches die wichtigsten Gründe für die Universität Bremen waren, eine institutionelle Sprachenpolitik zu entwickeln?

Feichtner: Sehr gern. Ich möchte aber vorausschicken, dass ich den Prozess nicht aus dem Rektorat heraus begleitet habe, sondern meine Sicht die einer ganz normalen Hochschullehrerin ist - in meinem Fall der Mathematik - sowie die eines Mitglieds im Akademischen Senat, wo das Thema ja auch sehr kontrovers diskutiert wurde. Erst seit einem Jahr, als die Sprachenpolitik als solche schon institutionalisiert war, bin ich mit der konkreten Umsetzung betraut. Dies sind vielfältige Blickwinkel. Ich liefere ein Patchwork an Sichtweisen bei der Beantwortung Ihrer Fragen, aber nicht unbedingt diejenige, die sich aus meiner derzeitigen Funktion in der Hochschulleitung ergibt. Dies sei vorausgeschickt.

Warum hat sich die Universität also zum Verfassen dieser Sprachenpolitik entschlossen?

Die Gründe greifen weit zurück. Schon die Bologna-Reform von 1999 hat hier eine Rolle gespielt mit der Idee, dass der europäische Hochschulraum nur unter Berücksichtigung der Sprachenvielfalt realisiert werden kann. Es gab verschiedene Papiere, so unter anderem die Empfehlung der HRK zur Sprachenpolitik an deutschen Hochschulen von 2011, die Hochschulen direkt auffordert, sich als Institution eine Sprachenpolitik zu geben. Die Sprachenpolitik der Universität Bremen hat wohl 2011/12 ihren Ausgang genommen, als die Universität das HRK-Audit zur Internationalisierung der Hochschulen durchlief. All dies schuf ein Konglomerat an Ideen, aus denen heraus sich das Interesse an einer Sprachenpolitik entwickelte und intensivierte.

Auch ist das Konrektorat für Internationalität und Diversität, das ich heute ausfüllen darf, aus einer anderen Denomination heraus erwachsen, und zwar „Internationalität und Interkulturalität“. Gerade Interkulturalität

ist etwas, das mit Sprache ganz eng verwoben ist: Sprachen sind ein Ausdruck von Kultur. Diversität wurde zunächst als kulturelle Vielfalt gedacht und daraus ergibt sich natürlich die Notwendigkeit, Sprache und den Umgang mit ihr zu thematisieren.

HRK: Hatte die Universität Bremen diesbezüglich spezielle – beispielsweise lokale – Besonderheiten zu berücksichtigen? Welche Ziele werden im Konkreten mit der Sprachenpolitik an der Universität verfolgt?

Feichtner: Grundverfassung und Ausgangssituation waren an der Universität Bremen nicht unbedingt sehr anders als an anderen Hochschulen. Ein Merkmal, auf das man hier früh das Augenmerk gelenkt hat, ist möglicherweise die recht große Gruppe von Studierenden, deren Familiensprache nicht das Deutsche ist, die aber auf Deutsch studieren und das Deutsche als akademische Sprache verwenden. Das ist ein Phänomen, das die Bedeutung und die Facetten von Sprache besonders eklatant werden lässt. Wie gesagt, dies ist vielleicht nicht spezifisch für Bremen, vielleicht hat man hier nur etwas mehr das Augenmerk darauf gelegt. An dieser Beobachtung, dass akademische Sprache eben nicht notwendig in enger Beziehung zu denken ist mit Umgangssprache, Verkehrssprache, Familiensprache oder einfach: intuitiv erlernter Sprache, an dieser Beobachtung macht sich fest, dass Mehrsprachigkeit in einer Universität vielfältige Bedeutungen hat. Zum einen ist da die akademische Mehrsprachigkeit: Wissenschaft passiert auf einer Sprache, entweder auf Englisch oder auf Deutsch oder auch auf anderen Sprachen, beispielsweise in den Sprach- und Literaturwissenschaften. Das ist relativ neutrales Terrain und man kann diskutieren, ob das Deutsche oder das Englische überwiegen soll. Beides ist zu fördern und zu stützen. Deutsch als Wissenschaftssprache zu bewahren und zu fördern ist ja ein legitimes und wichtiges Interesse. Was aber neu war und bei der Beschäftigung mit Sprache und Sprachenpolitik die Emotionalität erhöht hat, ist der Umstand, dass dieser Sprachgebrauch im Studium und in der Wissenschaft nicht komplett von dem zu trennen ist, was intuitiv als Alltagssprache verwendet wird. Das hat die Diskussion vom Akademischen ganz schnell ins sehr Persönliche verlagert, und das hat den Weg zur Verabschiedung der Sprachenpolitik so steinig gemacht.

HRK: Welche Handlungsfelder wurden in dieser Diskussion berücksichtigt?

Feichtner: Es wurden sowohl institutionelle als auch personenbezogene Handlungsfelder berücksichtigt. Zu den ersteren gehörten die Bereiche Forschung und Wissenschaftssprache, Lehren und Lernen, Verwaltung und Dienstleistung, sowie Außendarstellung. In den Bereich der personenbezogenen Handlungsfelder waren die Forschenden und Lehrenden, die Studierenden und die MitarbeiterInnen der Verwaltung zu berücksichtigen.

HRK: Sie sprachen davon, dass der Weg mitunter steinig war. Angesichts der Komplexität der Aufgabe und der diversen Bereiche und Personengruppen, die einzubeziehen waren: Gab es weitere Hürden und Herausforderungen in dem Prozess?

Feichtner: Kulturunterschiede über die Universität hinweg. Da gibt es Fächer, die seit jeher leichtfüßig im Englischen unterwegs sind. Dies betrifft vor allem die Natur- und Teile der Ingenieurwissenschaften. Hier hat sich die Frage gestellt: Brauchen wir überhaupt eine Sprachenpolitik? Wir kommunizieren nur auf Englisch, wir schreiben auf Englisch, unsere Dissertationen werden alle auf Englisch verfasst, wir halten Seminare auf Englisch – es ist eine Selbstverständlichkeit im modernen wissenschaftlichen Leben, das muss nicht diskutiert werden. Dann gibt es aber noch andere Disziplinen, insbesondere in den Geisteswissenschaften, für die ein guter Teil ihrer wissenschaftlichen Tradition im deutschsprachigen Raum verankert ist. Diese Vielfalt unter einen Hut zu bringen war ganz schwierig. Die einen fühlten sich mit einer Selbstverständlichkeit konfrontiert, die sie nicht weiter diskutieren wollten, die anderen sahen das als ein Aufdrängen vermeintlicher Modernität in ihrer Wissenschaftskultur. Zwischen diesen Extremen galt es zu vermitteln. Es gab dann zunächst einen Entwurf einer sehr breit aufgestellten Gruppe bestehend aus zwei Rektoratsmitgliedern, dem International Office, dem Fremdsprachenzentrum, dem Zentrum für Lehrerbildung, den Sprach- und Literaturwissenschaften, sowie der wissenschaftlichen Expertin für Diversity – man könnte meinen, man hat hier alles richtig gemacht, alle Menschen an den Tisch gesetzt, um den ersten Aufschlag zu machen.

Aber der kam in der ersten Befassung des Akademischen Senats gar nicht so gut an, weil er so unterschiedliche Interessen und Befindlichkeiten berührte.

An dem ersten Textentwurf hatten also die genannten Akteure mitgearbeitet. Nachdem dieser im Akademischen Senat dann kontrovers diskutiert worden war, wurden weitere KollegInnen aus anderen Fächern dazu genommen sowie auch Dekane. Man hat insgesamt mehr an die Fächer angedockt. Dies hat der Sache sehr gut getan. Gleichzeitig hat sich die Universität auch lange und intensiv damit auseinandersetzen müssen, welche finanziellen Konsequenzen mit der Sprachenpolitik verbunden sind. Wenn man eine bessere Sprachausbildung für die Studierenden und für die Lehrenden bieten will, sei es im Deutschen oder im Englischen, und wenn man genauso in all den anderen Handlungsfeldern tätig sein will, von denen ich eben sprach, wenn man das alles fordert, muss man sich überlegen, wie man das finanzieren kann. Wenn man sagt, unsere Verwaltung muss eine andere Willkommenskultur transportieren, wir wollen mehr englischsprachige Angebote machen, dann müssen die Formulare gedoppelt werden usw., dann stellt sich dabei die Frage, wie man den Anspruch der Zugänglichkeit mit dem Anspruch der Rechtssicherheit balanciert. Alles in doppelter Ausführung vorzuhalten ist ein irrsinniger Aufwand und kostet natürlich Geld. Wie kann man das schultern? Diese Fragen sind sehr kritisch gestellt worden.

HRK: Wie lange hat der gesamte Prozess in Anspruch genommen?

Feichtner: Der eigentliche Diskussionsprozess, ab der Gründung der Arbeitsgruppe Sprachenpolitik 2012 mit den oben genannten Akteuren, und die Textarbeit dauerten ungefähr vier Jahre. Die endgültige Verabschiedung der Sprachenpolitik im Akademischen Senat erfolgte 2016.

HRK: Ergeben sich aus den Erfahrungen der Universität Bremen konkrete Empfehlungen für andere Hochschulen?

Feichtner: Der Umschwung ins Positive kam in dem Moment, als man Fachvertreter aus den Fachbereichen heraus stärker beteiligt hat als ursprünglich angedacht. Als man anerkannt und berücksichtigt hat, dass

Sprache etwas mit Wissenschaftskultur und mit Lehrkultur zu tun hat. Als man dies breiter mit den Fächern abgestimmt hat, da ging es aufwärts.

HRK: Gibt es konkrete Punkte im Bereich der Sprachenpolitik, an denen die Universität Bremen aktuell weiterarbeitet? Gibt es weiteren Handlungsbedarf?

Feichtner: Wir machen uns aktuell Gedanken darüber, wie wir auf Dauer für Studierende attraktiv sein können. Wir haben den Eindruck, dass die Zahl der Studienbewerber nach und nach zurückgeht, und wir fragen uns, wie die Universität Bremen ihre Attraktivität bewahren kann und für wen genau wir attraktiv sein wollen. Es stellt sich die Frage, wie wir uns die Studierendenschaft der Zukunft erschließen können. Dabei schauen wir natürlich auch ins Ausland, und wir müssen klären, was wir internationalen StudienbewerberInnen bieten können, mit welcher Art Studium und mit welcher Attraktivität wir aufwarten können. Da wird natürlich auch hinterfragt: Sind unsere im Wesentlichen deutschsprachigen grundständigen Studiengänge noch zeitgemäß? Ist das, was lange Zeit berechtigterweise unser Ansatz war, nämlich den deutschsprachigen grundständigen Bachelor dem darauf aufbauenden englischsprachigen forschungsorientierten Master vorzuschalten – ist das eigentlich noch das richtige Modell?

Insbesondere haben wir die Beobachtung gemacht, dass es in einigen der sehr erfolgreichen englischsprachigen Masterstudiengängen überhaupt kein Problem damit gibt, internationale Studierende zu gewinnen. Sie kommen nach Bremen, sie sind begeistert, sie studieren auf Englisch, sie machen ihren Abschluss. Man hat sich natürlich bemüht, ein gewisses Sprachangebot, vor allem das Erlernen des Deutschen, mit einzuweben, meistens als zusätzliches Angebot. Das wird auch gern angenommen, aber natürlich kommen die Studierenden in der Kürze der Zeit und wegen der Intensität und Konzentration, die das Studium sonst von ihnen verlangt, über gewisse Kenntnisse der Alltagssprache nicht hinaus. Aber viele der Studierenden knüpfen Bindungen in Deutschland und würden vielleicht auch ganz gern bleiben. Dann stellen sich manches Mal Probleme auf dem Arbeitsmarkt ein, weil die BewerberInnen sprachlich doch nicht so richtig Fuß gefasst haben. Aus dieser Beobachtung muss man lernen: Wenn wir attraktiv sein wollen, müssen wir auf dem Weg in

den Arbeitsmarkt für unsere internationalen Studierenden den Erwerb solider Deutschkenntnisse mitdenken und mit vorbereiten. Das sollte eigentlich in Zukunft selbstverständlich zu unseren Studiengängen dazugehören.

Darüber machen wir uns aktuell ganz intensiv Gedanken: An welchem Punkt des Studiums sollen welche Sprachen eingesetzt werden? Wie unterstützen wir Spracherwerb? Wir beginnen über englischsprachige Angebote im grundständigen Bereich nachzudenken, die aufs Deutsche hinführen sollen. Dies wäre dann die Umkehrung der Idee des grundständigen deutschsprachigen Studiums, wie es momentan konzipiert ist: Aktuell bieten wir in späteren Abschnitten des Studiums mehr und mehr englischsprachige Veranstaltungen an, damit unsere deutschen Studierenden sich den globalen Markt erschließen können und in der Wissenschaftssprache Englisch heimisch werden. Vom Deutschen ins Englische, so ist die Logik momentan. Dies könnte man jedoch auch umgekehrt denken und sagen: Um für eine breitere Studierendenschaft attraktiv zu werden, fangen wir mit einem englischsprachigen Angebot an, bringen internationale Studierende aber gleichzeitig auf ein Niveau des Deutschen, das ihnen erlaubt, im fortgeschrittenen Studium auch deutschsprachige Veranstaltungen zu besuchen und sich dort einzubringen. Damit wären diese Studierenden dann sowohl auf den internationalen als auch auf den deutschen Markt vorbereitet.

Die optimale Lösung kann aber jeweils nur fachspezifisch gefunden werden und muss fallweise erfolgen. Ich plädiere dafür, flexibel in Bezug auf die verschiedenen Modelle zu sein. Es wäre jedenfalls definitiv ein großer Verlust, wenn nur das Englische als moderne Wissenschafts- und Arbeitssprache gesehen würde und wir uns dahin bewegten, nur das Englische als Unterrichtssprache zu verwenden. Ich bin dafür, flexibel über Angebote nachzudenken, die in beide Richtungen gehen. Studierenden optimale Modelle des fließenden Umgangs mit Sprachen anzubieten – darüber möchte ich nachdenken.

HRK: Gibt es aus Ihrer Sicht noch einen Aspekt, den Sie zum Thema Sprachenpolitik ansprechen möchten?

Feichtner: In meine Amtszeit fällt die Idee der Europäischen Hochschulen und des neuen Nachdenkens über Sprache, das sicherlich mit

dieser Entwicklung einhergehen soll und muss. Wenn von den Europäischen Hochschulen die Rede ist, wird immer der französische Präsident Emmanuel Macron zitiert, der in seiner Rede an der Sorbonne zur Schaffung Europäischer Hochschulen aufforderte. Wenn man genauer in die Rede hineinschaut, dann stehen da eigentlich noch weitere ganz wunderbare Dinge: „Das Europa der Mehrsprachigkeit ist eine nie dagewesene Chance.“ An anderer Stelle heißt es: „Europa muss aus diesen Sprachen gemacht sein und es wird immer etwas Unübersetzbares geben.“ Ich finde, das ist ein wunderbares Eingeständnis. Gebrauch von Sprache nicht mit dem Postulat der absoluten Flüssigkeit und des Verschwindens von sprachlichen Eigenheiten, sondern das Mithineindenken und Akzeptieren von Differenz, das ist eine unheimliche Bereicherung. Etwas später heißt es noch – und ich finde es extrem lohnenswert, dem nachzugehen: „Unsere politischen Debatten sind in Europa immer schwieriger als im Rest der Welt, denn der europäische Sisyphos muss immer noch sein Unübersetzbares vor sich her rollen, doch dieses Unübersetzbare ist unsere Chance.“

Im Rahmen des Modells der Europäischen Hochschulen kommt man natürlich schnell dazu, dass es am Einfachsten wäre, alles englischsprachig zu halten. Hier gilt es innezuhalten und wahrzunehmen, was das für ein großer Verlust wäre: Was soll daran noch europäisch sein? Stattdessen muss das Ziel sein, Differenz auszuhalten und einen Mehrwert daraus zu schöpfen!

HRK: Liebe Frau Professor Feichtner, vielen Dank für das Interview!

Kontakt und weitere Informationen

Prof. Dr. Eva-Maria Feichtner

Konrektorin für Internationalität und Diversität

Universität Bremen

kon3@vw.uni-bremen.de

www.uni-bremen.de

3.2. Sprachenpolitik an der Technischen Universität Braunschweig

Andreas Hettiger, Andreas Hebbelmann, Astrid Sebastian und Margarethe Schuseil

Vorgeschichte und Handlungsbereiche

Die Entwicklung einer Sprachenpolitik und das HRK-Audit zur Internationalisierung der Hochschulen sind an der TU Braunschweig eng miteinander verknüpft. Die TU Braunschweig unterzog sich in den Jahren 2014 bis 2018 einem intensiven durch die HRK angebotenen Auditierungsprozess. Die von der HRK eingesetzte Gutachterkommission empfahl bereits beim Audit-Start die Entwicklung einer Sprachenpolitik sowie die Rollenklärung und den Ausbau englischsprachiger Lehrveranstaltungen als Schwerpunktthemen der Internationalisierung. Infolgedessen war die Sprachenpolitik das erste vom Internationalisierungsrat der TU Braunschweig erarbeitete Strategiepapier. Es orientiert sich in Aufbau und Zielrichtung an der HRK-Empfehlung „Sprachenpolitik an deutschen Hochschulen“ vom 22.11.2011, es heißt: „Hochschulen sind gefordert, eine institutionspezifische Sprachenpolitik zu formulieren, die sowohl zum Erhalt des Deutschen als Wissenschaftssprache beiträgt als auch den qualifizierten Erwerb und Einsatz anderer Sprachen fördert.“

Die Sprachenpolitik der TU Braunschweig spricht auf 13 Seiten sprachpolitische Empfehlungen für die Handlungsbereiche „Studium und Lehre“, „Forschung“ und „Institutionelle Dimension“ aus. Die TU Braunschweig zählt damit zu den ersten Hochschulen bundesweit mit einer eigenständigen und präsidial verabschiedeten Sprachenpolitik. Ihre Protagonisten werden von HRK und DAAD regelmäßig zu einschlägigen Fachtagungen eingeladen, um die erworbenen Erfahrungen weiterzugeben.

Themenbereiche und Protagonisten im Prozess der Ausarbeitung

Entwickelt wurde die Sprachenpolitik vom Internationalisierungsrat der TU Braunschweig, der im Kontext des HRK-Audits gegründet wurde. Bei der Moderation des Prozesses und der Ausformulierung des Dokuments übernahmen der Vizepräsident für Internationales, das International

Office und die Stabsstelle Forschungsservice Führung und Koordination; das Sprachenzentrum stand fachlich beratend zur Seite. Alle Statusgruppen der TU Braunschweig wurden auf einer Klausurtagung des Internationalisierungsrates auf der Burg Warberg im März 2016 in die Erarbeitung einbezogen. Auf diese Weise präsentierte sich die Sprachenpolitik von Anfang an als eine bottom-up entwickelte Strategie. Durch den gemeinsamen Arbeitsprozess sollte sichergestellt werden, dass möglichst alle Bereiche der Hochschule berücksichtigt werden und ihre Anforderungen in die Sprachenpolitik Eingang finden. Auf Burg Warberg wurden bestehende Vorschläge und Empfehlungen gesichtet, diskutiert und gewichtet. Eine Maßnahme, die ursprünglich zum Zwecke der Qualitätssicherung des Sprachenzentrumsangebots konzipiert worden war, spielte der Erarbeitung einer Sprachenpolitik in die Hände: Die „Bedarfsanalyse Sprache“, die das Sprachenzentrum im Wintersemester 2015/16 hochschulweit unter allen Statusgruppen durchgeführt hat. Über 800 Studierende, Hochschuldozentinnen und -dozenten und Mitarbeitende hatten Auskunft gegeben zu verwendeten Fremdsprachen im Arbeits- und Studienalltag, zu Sprachkompetenzen, zu Wünschen an Inhalte und Formen von Sprachlehrangeboten, zu sprachlicher und interkultureller Vorbereitung auf Auslandsaufenthalte und zu englischsprachiger Lehre und Forschung. Zum Abschluss der Klausurtagung wurden verschiedene Arbeitspakete vergeben, die im Juni 2016 in ein vom International Office ausgearbeiteten *first draft* mündeten. Diese Fassung wurde von den Mitgliedern des Internationalisierungsrats kommentiert, die Strategie wurde überarbeitet und vom Internationalisierungsrat im September 2016 beschlossen. Schließlich wurde sie am 23.11.2016 unter dem Titel „Empfehlungen zur Sprachenpolitik an der TU Braunschweig“ vom Präsidium verabschiedet.

Herausforderungen und Lösungswege

Der Internationalisierungsrat unter Leitung des damaligen Vizepräsidenten für Internationales war von Anfang an darauf bedacht, kein Strategiepapier ohne praktische Konsequenzen zu produzieren. Damit wurde ein Kommentar des HRK-Beraterteams aufgegriffen, das bereits im Jahr 2015 einen höheren Umsetzungsgrad für sprachbezogene Maßnahmen anmahnte. Die Formulierung einer Sprachenpolitik im Jahr 2016 war nur eine von über 20 Maßnahmen, die den Kern des HRK-Auditprozesses an

der TU Braunschweig ausmachen, und von denen eine ganze Reihe weiterer Maßnahmen sprachliche Dimensionen beinhalten:

- die Ausbildung studentischer Sprachcoaches für ein integriertes fachliches und sprachliches Lernen in den Fachbereichen;
- das Training deutscher Sprache am Sprachenzentrum für alle Phasen eines Studiums;
- die Einrichtung von sprachlich und fachlich ausgerichteten Brückenkursen für studierfähige Geflüchtete;
- die Erweiterung des englischsprachigen Lehrangebots;
- die Herausgabe einer englischsprachigen Printpublikation zu Marketingzwecken;
- die durchgängige Bereitstellung von englischen Websites für den Bereich „Studienangebot“;
- und last but not least: die Ermittlung und Bereitstellung der notwendigen Ressourcen für die genannten Maßnahmen.

Die Reaktionen aus den Fakultäten waren grundsätzlich positiv, wurden aber von kritischen Nachfragen begleitet. Geäußert wurden Befürchtungen, dass Studiengänge zu stark reglementiert werden könnten, dass Umsetzungen gefordert werden, die weder gewollt sind noch finanziert werden können und dass fachliche Exzellenz sprachlichen Anforderungen zum Opfer fallen könnte. Die Sprachenpolitik wurde deshalb um ein Vorwort ergänzt, das den empfehlenden Charakter des Dokuments betont: „Die entwickelten Maßnahmen sind als Empfehlungen zu verstehen, nicht als verbindliche Umsetzungsvorgaben.“

Umsetzung der Sprachenpolitik

Die Sprachenpolitik wurde mittlerweile hochschulintern verschiedentlich vorgestellt und diskutiert (Kommission für das Sprachenzentrum, Kommission für Studium und Weiterbildung, StudiendekanInnenrunde u. a. m.). Sie ist aber noch immer nicht allen Mitarbeitenden der TU Braunschweig bekannt. Sie nimmt daher weiter ihren Gang durch Gremien und Ausschüsse. Die sprachliche Dimension der Internationalisierung rückt in verschiedensten Facetten immer wieder in den Blick der Debatten.

Ein Thema hat ganz besonders Fahrt aufgenommen: Die Ausweitung englischsprachiger Lehrveranstaltungen und Prüfungen, die in der Sprachenpolitik hochschulweit empfohlen wird: „Die TU Braunschweig bietet in ihren Studiengängen grundsätzlich englischsprachige Lehrveranstaltungen im Umfang von mindestens 30 ECTS-Credits pro Semester an, so dass Austauschstudierende, deren Sprachkenntnisse für deutsche Lehrveranstaltungen nicht ausreichen, die erforderlichen Semester-Credits in englischer Sprache erwerben können.“

Auf seiner Klausurtagung im Frühjahr 2017 beschäftigte sich der Internationalisierungsrat auf Initiative des International Office, des EU-Forschungsbüros und des Vizepräsidenten für Internationales schwerpunktmäßig mit dieser Thematik. Er reagierte damit auf die sinkende Zahl ausländischer Austauschstudierender an der TU Braunschweig und die Gefährdung bislang erfolgreicher Partnerschaftsprogramme weltweit, insbesondere mit Erasmus-Partnern und US-amerikanischen Hochschulen – wofür vor allem eine zu geringe Anzahl englischsprachiger Lehrveranstaltungen verantwortlich gemacht wurde. Nach Einholung eines externen Rechtsgutachtens haben Internationalisierungsrat, Rechtsabteilung und Geschäftsstelle des Präsidiums eine Handreichung zur Umsetzung der Maßnahme „Englischsprachige Lehre in den Fächern“ erstellt. Darin werden auch Verfahren und Regelungen für die Prüfungsordnungen sowie konkrete Formulierungshilfen angeboten.

Unter Federführung des International Office und mit Unterstützung des Sprachenzentrums, dem Institut für Anglistik und Amerikanistik und einiger weiterer Institute wurde das Programm SENSE 2.0 entwickelt, um bestehende und noch zu entwickelnde englischsprachige Lehrangebote zu bündeln und daraus ein attraktives Paket für Studierende ausländischer Partnerhochschulen zu schnüren. Mit dieser Maßnahme wurde unmittelbar auf das oben genannte Desiderat der Sprachenpolitik reagiert. Auf dieses muss strategisch langfristig eingegangen werden, auch mit Anreizen für die englischsprachige Lehre sowie durch flankierende sprachliche Unterstützungsangebote.

Die Fachbereiche profitieren von einer Vielzahl von Empfehlungen in der Sprachenpolitik. Sie finden dort z. B. konkrete Orientierungsmarken für

Sprachnachweise in Englisch und die entsprechenden Mindestniveaus für die Zulassung deutscher und internationaler Studierende zum Masterstudium. Außerdem werden ihnen Hinweise für eine sinnvolle Integration von DaF-Kursen und Peer-to-Peer-Angeboten ins Fachstudium gegeben:

Die TU Braunschweig bietet ihren ausländischen Studierenden ein allgemein-, wissenschafts- und fachsprachliches Weiterqualifizierungsangebot auf B2 und C1-Niveau an und fordert ihre internationalen Studierenden aktiv auf, in den ersten zwei Fachsemestern des Studiums in einem Umfang von mindestens 4 SWS pro Semester an weiterführenden Deutschkursen teilzunehmen.

Das Sprachenzentrum macht die Sprachenpolitik zur Leitplanke seiner Programmentwicklung. Die Sprachenpolitik definiert drei Sprachengruppen mit unterschiedlichen Schwerpunkten für die Fremdsprachenausbildung an der TU Braunschweig:

- Englisch bis C1-Niveau (mit dem Schwerpunkt Wissenschafts- und Fachsprache),
- Europäische Sprachen bis B1/B2-Niveau (Französisch, Italienisch, Polnisch, Portugiesisch, Russisch, Schwedisch, Spanisch, Türkisch) sowie
- Sprachen aus strategischen Schwerpunktländern bis A2-Niveau (Arabisch, Chinesisch, Japanisch).

Angebote werden anhand dieser Gewichtungen kritisch überprüft, gegebenenfalls heruntergefahren oder ausgebaut und verstärkt an Hochschulkooperationen ausgerichtet, beispielsweise durch gezielte sprachliche und interkulturelle Vorbereitung auf Erasmus-Aufenthalte an spanischen Universitäten. Die Gruppe junger internationaler Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler kann unter intensiven DaF-Angeboten in den Abendstunden auswählen („Grammatik in wissenschaftlichen Texten“, „Schreiben wissenschaftlicher Texte“, „Deutsch sicher!“ u. a. m.).

Übergreifend dient die Sprachenpolitik der qualitativen und strategisch ausgerichteten Weiterentwicklung der TU Braunschweig. Sie „leistet einen wesentlichen Beitrag zur Transparenz und Qualitätssicherung und vereinfacht die Abstimmungsprozesse in der Zusammenarbeit“ (Abschlussbericht HRK-Audit). Fragen zum Auftritt der TU Braunschweig in verschiedenen Sprachen werden außerdem zukünftig in dem Bemühen um eine verbesserte Außendarstellung (Stichwort „Hochschulmarketing“) stärker Beachtung finden.

Zusammenarbeit von Forschungsservice/EU-Hochschulbüro, International Office und Sprachenzentrum

Die Ausarbeitung der Sprachenpolitik hat von der einrichtungsübergreifenden Zusammenarbeit im Internationalisierungsrat profitiert und diese ihrerseits gefördert. Sprachenpolitik und Internationalisierung wurden an der TU Braunschweig zeitgleich als Querschnittsthemen erkannt, die bei allen hochschulischen Entscheidungen und Entwicklungen mitzudenken sind. Die seit Mai 2017 amtierende Präsidentin der TU Braunschweig hat Internationalisierung zur „Chefsache“ erklärt und beabsichtigt, die Bereiche International Office, Forschungsservice und Sprachenzentrum in einem großen Arbeitsbereich zusammenzufassen. Die erfolgreiche und exemplarische Kooperation im Hinblick auf das Thema „Sprachenpolitik“ stimmt optimistisch was das weitere strategische Zusammenwachsen der drei Bereiche angeht, deren in vielerlei Hinsicht verschiedenartige Aufgaben im gemeinsamen Ziel einer exzellenten und international ausgerichteten Universität konvergieren.

Kontakt und weitere Informationen

Dr. Andreas Hettiger

Leiter des Sprachenzentrums
Technische Universität Braunschweig
a.hettiger@tu-braunschweig.de

Margarethe Schuseil

International Office

Technische Universität Braunschweig

m.schuseil@tu-braunschweig.de

www.tu-braunschweig.de

3.3. Ein Bewusstsein für Sprachen an der Hochschule schaffen – Institutionelle Sprachenpolitik an der Leibniz Universität Hannover

Dr. Klaus Schwienhorst

Im Mai 2018 wurde die institutionelle Sprachenpolitik der Leibniz Universität Hannover (LUH) veröffentlicht. Ich beginne meinen Beitrag daher mit einem Überblick, wie das Dokument entstanden ist und warum es für die Universität wichtig war, das Dokument zu definieren. Dabei ist es von zentraler Bedeutung, welche Akteure im Prozess die Federführung innehatten und welche auf andere Weise eingebunden waren und sind. Ich argumentiere, dass die Schaffung einer Sprachenpolitik immer eine Kombination von Top-Down Prozessen (z. B. strategische Interessen der Hochschule) und Bottom-Up Prozessen ist (z. B. bei welchen Sprachniveaus müssen wir unsere Studierenden „abholen“? welche Sprachen werden am meisten nachgefragt?). Hier gehe ich auch auf die Bedeutung von Bedarfsanalysen bei der Gestaltung universitärer Sprachlernangebote ein; nach meiner Überzeugung ist eine wissenschaftlich fundierte Struktur der Angebote unabdingbar; damit ist gemeint, dass Angebote nicht „auf Zuruf“ geschaffen werden, sondern sich nach wissenschaftlich ermittelten Bedarfen (im Sinne von „needs analysis“, siehe Long 2005) der Akteure ausrichten (Studierende, Fakultäten, Hochschulleitung). Auch wenn sich erste Prozesse abzeichnen, ist noch unklar, wie die Sprachenpolitik in den nächsten Jahren umgesetzt wird, daher können wir hier noch wenig konkrete Umsetzungsergebnisse melden.

Woher kam die Sprachenpolitik, wer war beteiligt und was waren die Ziele?

Am Anfang stand die Empfehlung „Sprachenpolitik an deutschen Hochschulen“ der Hochschulrektorenkonferenz (HRK)², welche im November 2011 publiziert wurde und auch uns den ersten Anstoß zu einer Beschäftigung mit dem Thema gab. 2013 erfolgten die ersten Gespräche mit der damaligen Vizepräsidentin für Lehre und Studium über die Möglichkeit,

² HRK (2011)

eine Sprachenpolitik für die Leibniz Universität Hannover zu entwickeln. Etwa zeitgleich wurden die „Guidelines for defining a language policy“³ der Confédération Européenne des Centres de Langues de l'Enseignement Supérieur (CercleS) publiziert und erste Gespräche mit KollegInnen anderer Sprachenzentren (z. B. mit dem Sprachenzentrum der Universität Paderborn) fanden statt. Bis 2015 hatte das Fachsprachenzentrum ein umfangreiches Dokument zu diesem Thema vorbereitet, welches uns im Folgenden als „Steinbruch“ diente.

2015 wurde dann durch den neuen Präsidenten die Position eines Vizepräsidenten für Internationales (VPI) geschaffen. Eine der ersten Aktivitäten der neuen VPI war die Einberufung einer Projektgruppe zum HRK Audit Internationalisierung, in der auch das Fachsprachenzentrum vertreten war. Während der ersten Besuche des HRK-Beratungsteams wurde von diesem deutlich gemacht, dass eine Sprachenpolitik als wichtiges Element im Audit gesehen wurde. Als dann im Winter 2016 das Audit mit der Zukunftswerkstatt beendet wurde, nahm das neu gegründete „Team International“ die Arbeit auf⁴ und beschäftigte sich im Folgenden u. a. mit dem Thema Sprachenpolitik. Da schon Überlegungen zur Sprachenpolitik angestellt worden waren, schlug die VPI vor, diese als Grundlage zu nehmen und weiterzuentwickeln und das Fachsprachenzentrum erhielt den Auftrag, einen ersten Entwurf einer Sprachenpolitik zu erarbeiten und zu präsentieren. Mittlerweile lagen auch weitere Beispiele für Sprachenpolitiken vor: die der RWTH Aachen, der TU Braunschweig, der Universität Oldenburg, aber auch Sprachenpolitiken anderer europäischer Hochschulen, etwa der Universität Helsinki⁵. Die Diversität der Perspektiven und Erfahrungen der Mitglieder des Teams International führte zu einem offenen Austausch, in dem auch viele neue Einsichten gewonnen wurden. Nach einigen Diskussionsrunden wurde das Dokument schließlich im Dezember 2017 im Senat diskutiert und verabschiedet und nach Präsidiumsbeschluss im Mai 2018 veröffentlicht. Es wurde mit dem Senat vereinbart, die

³ CercleS Focus Group on Language Policy (2013)

⁴ Das „Team International“ besteht aus von der VPI benannten Expertinnen und Experten der Fakultäten (oft Auslandsbeauftragte), Vertreter der Zentralen Einrichtungen und der Verwaltung, des Hochschulbüros für Internationales, des Fachsprachenzentrums und Studierendenvertretungen, geleitet von der VPI.

⁵ University of Helsinki (2014)

Maßnahmen jedes Jahr zu überprüfen. Damit wird die Umsetzung der Sprachenpolitik messbar und zumindest hochschulöffentlich.

Themen und Struktur institutioneller Sprachenpolitik:

Handlungsfelder, Positionen und Maßnahmen

Unserer Definition zufolge erstreckt sich Sprachenpolitik auf alle Bereiche der Universität. Ob wir darüber nachdenken, wie viele Lehrveranstaltungen auf Englisch angeboten werden sollen oder ob die Speisekarten der Mensa mehrsprachig sein sollten; ob Fähnchen im Service Center signalisieren, in welchen Sprachen das Verwaltungspersonal Beratungen durchführen kann, oder man sich überlegt, ob Sprachenlernen eine fundamentale Qualifikation für *global citizenship education* darstellen sollte: Zu all diesen Aspekten muss sich die Sprachenpolitik einer Hochschule positionieren. Das bedeutet nicht, dass diese Punkte umgesetzt werden müssen, sondern zeigt zunächst nur, in welchen Bereichen Hochschulen bewusst handeln müssen. Uns war es daher wichtig, auch strukturell in der Sprachenpolitik zwischen Handlungsfeldern (wo muss sich eine Hochschule zu Sprachen positionieren?) und Entscheidungen (wie positioniert sich die Hochschule dann?) zu unterscheiden. Auch in einer Entscheidung gegen etwas zeigt sich das vielleicht wichtigste Ziel einer Sprachenpolitik: Bewusstsein zu schaffen für die Vielfalt und den Umfang sprachlicher Handlungsfelder in der Hochschule⁶. Damit werden diese Themen von vielen Beteiligten, vielleicht zum ersten Mal, diskutiert und reflektiert und werden Bestandteil des universitären Diskurses. Die Themen universitärer Sprachenpolitik werden in vielen Dokumenten ähnlich strukturiert. Die „Sprachenpolitik der LUH“ hat die folgenden Abschnitte:

1. Kontext und Ziele
2. Sprachangebot
 - 2.1. Sprachliche Eingangsvoraussetzungen und Zertifikate
 - 2.2. Unterrichtssprachen: Deutsch und Englisch
 - 2.2.1. Deutschsprachige Studierende

⁶ „By formulating a language policy, a university (...) raises linguistic awareness, builds well-functioning bilingualism, highlights multilingualism as a strength and encourages the parallel use of different languages.“ University of Helsinki (2014)

- 2.2.2. Internationale Austauschstudierende
- 2.2.3. Internationale Studierende, die einen Abschluss an der LUH anstreben
- 2.3. Angebote in weiteren Mobilitätssprachen sowie Sprachen der Schwerpunktregionen
- 2.4. Tandem-Lernpartnerschaften und interkulturelle Angebote
3. Sprachen in der Forschung
4. Sprachen in der Verwaltung und dem universitären Alltag
5. Sprachen in der Außendarstellung
6. Fazit

Im ersten Kapitel werden die Hauptziele dargestellt:

1. Schwerpunkte bei der universitären Sprachausbildung festlegen: Wir stärken Deutsch und Englisch als zentrale Wissenschaftssprachen und unterstützen Studierende, damit sie in beiden Sprachen nicht nur wissenschaftlich agieren können, sondern auch für den Eintritt in ein internationales Berufsumfeld qualifiziert sind.
2. Sprachliche Vielfalt im globalisierten Hochschulkontext kennenlernen: Wir ermutigen Studierende, über die Sprachen Deutsch und Englisch hinaus weitere Sprachen zu lernen und Kulturen kennen zu lernen, um im Studien- und Berufsfeld als Weltbürger agieren zu können.
3. Mit Sprachen eine Willkommens- und Bleibekultur fördern: Wir sind überzeugt, dass der Gebrauch und die Repräsentanz von Sprachen in Lehre, Forschung, Verwaltung und Außendarstellung dazu beiträgt, die Leibniz Universität Hannover für Studienbewerberinnen und Studienbewerber attraktiv zu machen und sie langfristig an die Universität zu binden. Mehrsprachigkeit soll auf allen Ebenen der Universität mitgedacht werden.

In den vier Hauptkapiteln 2-5 sind die Handlungsfelder und Positionen jeweils am Ende tabellarisch zusammengefasst. Wichtig war uns dabei die Definition möglichst konkreter Positionen bzw. Maßnahmen. Dabei ist uns bewusst, dass sich Positionen und konkrete Maßnahmen im Dokument durchaus mischen. Einige Beispiele:

Handlungsfelder	Maßnahmen der Leibniz Universität Hannover
5 Einheitliche sprachliche Eingangsvoraussetzungen und Zielniveaus in Zugangs-, Studien- und Prüfungsordnungen	Die Leibniz Universität standardisiert soweit möglich die sprachlichen Eingangsvoraussetzungen in den Zugangsordnungen; das FSZ gibt hierfür Empfehlungen.
7 Englisches Vorlesungsangebot in Studiengängen	Dieses sollte in Masterstudiengängen im Umfang von 30 CP bereitgestellt werden, um für Austauschstudierende ein attraktives Angebot zu bieten und auch deutsche Studierende an die internationale Wissenschaftssprache heranzuführen; im Bachelorstudium sind englischsprachige Veranstaltungen idealerweise im Wahlpflichtbereich zu verankern.
11 Sprachkenntnisse bei Incomings und Outgoings	Incomings und Outgoings sollten bei Beginn des Austausches mindestens B1 Niveau der Unterrichtssprache aufweisen.

Handlungsfelder	Maßnahmen der Leibniz Universität Hannover
6 Promotionsordnungen	In allen Promotionsordnungen der LUH sollte verankert werden, dass Dissertationsschrift, öffentlicher Fachvortrag, Prüfung, Verteidigung etc. in deutscher und englischer Sprache möglich sind.

Handlungsfelder	Maßnahmen der Leibniz Universität Hannover
1 Sprachliche Einstellungs-voraussetzungen bei Verwaltungspersonal im Kundenverkehr mit internationalen Studierenden.	Die Leibniz Universität definiert sprachliche Minimal-Niveaustufen in Deutsch und Englisch für die Einstellung von Verwaltungspersonal. Es wird angestrebt, in Bereichen mit Kundenverkehr möglichst Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit

	ausreichenden englischen Sprachkenntnissen einzustellen.
3 „Sichtbare“ Mehrsprachigkeit	Die Leibniz Universität demonstriert die mehrsprachige Vielfalt ihres Personals insbesondere in der Gestaltung des Service-Centers und beim Personal im Kundenkontakt.

Verschiedene Positionen und Maßnahmen sind durchaus ambitioniert. Einige entspringen strategischen Überlegungen, etwa jene, dass strategische Partnerschaften z. B. mit Russland oder China besonders sprachlich unterstützt werden sollen (Top-Down-Sicht). Das Interesse an beiden Ländern bzw. Sprachen seitens der Studierenden ist jedoch vergleichsweise gering; zudem sind beide Sprachen sehr viel schwieriger als viele europäische Sprachen (Bottom-Up-Sicht). Beide Perspektiven müssen daher sinnvoll kombiniert werden. Hilfreich sind hier fundierte Bedarfsanalysen.

Die erste Bedarfsanalyse an der Leibniz Universität Hannover wurde 2008 durchgeführt⁷. Mit einer Arbeitsgruppe des Fachsprachenzentrums wurde zunächst die Literatur zu Bedarfsanalysen gesichtet. Daraufhin wurden Fragebögen für Studierende und Lehrende als Resultat aus Fokusgruppengesprächen mit Studierenden, Lehrenden und Fakultätsvertretungen (Auslandsbeauftragten und Studiengangskordinatorinnen und -kordinatoren) erstellt. Hieraus konnten bereits wichtige Erkenntnisse für das Sprachlernprogramm gezogen werden, u.a. welche Sprachen die wichtigste Rolle spielten, welche Sprachlernerfahrungen vorhanden waren und welche Lernformate gewünscht wurden. In den folgenden Jahren wurden dann spezielle Bedarfsanalysen zu Deutsch und Englisch durchgeführt, die sich besonders auf fachsprachliche Angebote konzentrierten. Dabei gelang es uns, zumindest für bestimmte Fakultäten ein studienbegleitendes fachsprachliches Programm zu konzipieren, welches die wichtigsten Kommunikationssituationen zu den Zeitpunkten behandelt, zu denen diese im Studium eine Rolle spielen. Eines dieser Programme (jenes für Englisch), konnte bereits in der Wirtschaftswissen-

⁷ Vgl. Lüdtke & Schwienhorst (2010)

schaftlichen Fakultät umgesetzt werden. Bedarfsanalysen führen fort von einer „Englisch für... I, II, III“-Struktur hin zu einer Struktur, in der die wirklich relevanten Kommunikationssituationen je Studienphase auf der entsprechenden Niveaustufe geübt werden. Es wird nicht mehr suggeriert, dass man alle Situationen des Faches übt (was bei oft zweistündigen Kursen ohnehin illusorisch ist), sondern man übt die Situationen, die hochschulspezifisch und besonders relevant sind. Diese sind dann priorisiert zu behandeln, je nachdem wieviel Finanzierung und Zeit im Studium für Sprachunterricht zur Verfügung steht. Ein Beispiel: Es ist wenig zielführend, mit Erstsemesterstudierenden der Biochemie das Schreiben von wissenschaftlichen Artikeln zu üben, wenn dies weder ihrem Sprachniveau entspricht noch in dieser Studienphase verlangt wird. Viel sinnvoller ist hier das Sichten, Verstehen und die Synthese von verschiedenen Fachtexten zu einem Thema der Biochemie. Die Einführung des UNiCert®-Qualitätssiegels kann hier ebenfalls hilfreich sein, da auch hier großer Wert auf Hochschulspezifika gelegt wird. Insgesamt betrachtet gab und gibt es eine große Bereitschaft aller an dem Prozess Beteiligten, sich in sprachpolitische Felder einzuarbeiten sowie die Expertise des Sprachenzentrums dabei ausreichend mit einzubeziehen.

Fazit

In unserer Diskussion um die Definition und Umsetzung einer universitären Sprachenpolitik haben sich einige Aspekte bewährt, die wir gern weitergeben möchten:

1. Das primäre Ziel einer institutionellen Sprachenpolitik sollte vor allem darin gesehen werden, Bewusstsein für sprachpolitische Handlungsfelder und Themen zu schaffen.
2. Eine institutionelle Sprachenpolitik sollte vom Sprachenzentrum vorbereitet werden und dann mit breiter Beteiligung aller Hochschuleinrichtungen bearbeitet werden, bis sie von der Hochschulleitung beschlossen wird.
3. Eine Sprachenpolitik sollte nicht nur definieren, was im Sprachenzentrum angeboten wird, sondern die Position der Hochschule zu allen sprachpolitischen Handlungsfeldern in der Hochschule definieren.

4. Eine Sprachenpolitik sollte sich mit der Internationalisierungsstrategie überschneiden, aber nicht unbedingt decken. Beide Strategien und die dazugehörigen Dokumente sollten natürlich keine widersprüchlichen Positionen vertreten.
5. Eine Sprachenpolitik sollte messbare und überprüfbare Positionen und Maßnahmen enthalten und einen Zeitplan definieren, in welchem deren Umsetzung geprüft wird.
6. Eine Sprachenpolitik sollte innerhalb und außerhalb der Universität breit publiziert werden und in regelmäßigen Abständen aktualisiert werden.

Literatur:

CerleS Focus Group on Language Policy (2013): Guidelines for Defining a Language Policy for Institutions in Higher Education. Online verfügbar unter <http://www.aks-sprachen.de/wp-content/uploads/2015/01/Guidelines-for-a-Language-Policy-Model-CerleS.pdf>, zuletzt geprüft am 30.06.2018.

HRK (2011): Sprachenpolitik an deutschen Hochschulen. Online verfügbar unter http://www.hrk.de/uploads/media/Empfehlung_Sprachenpolitik_MV_22112011.pdf, zuletzt geprüft am 30.06.2018.

University of Helsinki (2014): Helsinki Yliopiston Kieliperiaatteet - Helsingfors Universitets Språkprinciper - Language Policy of the University of Helsinki. Online verfügbar unter https://www.helsinki.fi/sites/default/files/atoms/files/helsingfors_universitets_sprakprinciper_0.pdf, zuletzt geprüft am 30.06.2018.

Long, Michael H. (2005): Second language needs analysis. Cambridge, UK, New York: Cambridge University Press.

Lüdtke, Solveig; Schwienhorst, Klaus (2010): Language centre needs analysis. Defining goals refining programmes. Frankfurt am Main, New York: Peter Lang.

Kontakt und weitere Informationen

Dr. Klaus Schwienhorst

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Geschäftsführende Leitung des Fachsprachenzentrums

Leibniz Universität Hannover

klaus.schwienhorst@fsz.uni-hannover.de

www.uni-hannover.de

3.4. Sprachenpolitik als Bestandteil der Internationalisierungsstrategie der Universität Bonn

Olaf Brodersen, Dr. Dieter Faulhaber und Dr. Kai Sicks

Als international operierende Volluniversität reagiert die Universität Bonn mit ihrer vom Rektorat initiierten und beschlossenen „Internationalisierungsstrategie 2020“ auf die Herausforderungen, die eine internationale Wissenschaftslandschaft an Forschung, Studium und Lehre stellt. Eine umfassende strategische Internationalisierung wird hierbei als Gesamtaufgabe aller Bereiche der Universität begriffen, die darauf abzielt, den Internationalisierungsprozess als ein zentrales Element ihrer Entwicklungsplanung voranzutreiben.

Nach Überzeugung aller Verantwortlichen kommt im Rahmen dieses Prozesses einer institutionalisierten Sprachenpolitik mit dem Ziel des Ausbaus institutioneller und individueller Mehrsprachigkeit und kultureller Vielfalt eine zentrale Bedeutung zu, welche die Handlungsfelder Forschung und Lehre sowie Verwaltung und Dienstleistung einschließt. Sprachenpolitik wird hierbei von der Universität Bonn ebenso wie die Internationalisierung insgesamt als zentrale Querschnittsaufgabe angesehen. Ziel ist die Förderung der kommunikativen, interkulturellen und mehrsprachigen Fähigkeiten von Forschenden, Lehrenden, Studierenden sowie von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Verwaltungseinrichtungen.

Auch der Empfehlungsbericht des HRK-Audit „Internationalisierung der Hochschulen“, das im Jahr 2017 an der Universität Bonn durchgeführt wurde, misst einer die Mehrsprachigkeit fördernden Sprachenpolitik eine zentrale Bedeutung für die erfolgreiche Umsetzung der Internationalisierungsstrategie der Universität Bonn bei.

Die enge Verzahnung der Bereiche Internationalisierung und Sprachenpolitik ist das Resultat eines mehrstufigen Prozesses, an dem unterschiedliche Akteurinnen und Akteure der Universität beteiligt waren. Die einschlägigen Empfehlungen und Forderungen zentraler nationaler und

europäischer (hochschul-)politischer Institutionen, sich im Rahmen einer hochschulspezifischen Sprachenpolitik zum Thema Mehrsprachigkeit zu positionieren, wurden initial von den Verantwortlichen der Abteilung für Interkulturelle Kommunikation und Mehrsprachigkeitsforschung, dem das Sprachlernzentrum der Universität Bonn (SLZ) als einer der Hauptakteure universitärer Sprachförderung angeschlossen ist, aufgegriffen. Ein entsprechendes Positionspapier war 2017 Ausgangspunkt für die Weiterentwicklung der Sprachenpolitik an der Universität Bonn, die in enger Kooperation zwischen dem Prorektorat für Internationales, dem Prorektorat für Studium und Lehre sowie den Dezernaten Internationales und Lehre betrieben wird.

Auf Basis des Positionspapiers wurden „Leitlinien zur Sprachpolitik“ formuliert; zugleich erfolgte die Ausarbeitung von „Leitlinien zur Internationalität in der Lehre“, die auf den Empfehlungsbericht des HRK-Audit „Internationalisierung der Hochschulen“ zurückgehen. Die bewusst parallele Konzipierung der beiden Leitlinien mit ihren gegenseitigen Bezugnahmen modelliert Internationalisierung und Sprachenpolitik als programmatisch ineinandergreifende Strategien, die zur Sicherung der internationalen Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der Universität Bonn beitragen sollen.

Wesentlichen Anteil an der Konzipierung beider Leitlinienpapiere hatte die aus Vertreterinnen und Vertretern von Verwaltung, Wissenschaft, Studierendenschaft und den Internationalisierungsbeauftragten aller sieben Fakultäten zusammengesetzte Projektgruppe, die im Rahmen des HRK-Audit vom Prorektor für Internationales einberufen wurde. Hierbei sollte die systematische Einbeziehung unterschiedlicher Gremien und Gruppen von Beginn an die Akzeptanz der Leitlinien und die Implementierung hieraus abzuleitender Maßnahmen in den Fakultäten und der Verwaltung sicherstellen. Die Leitlinien zur Sprachenpolitik und zur Internationalität in der Lehre wurden mit den Dekanen der Fakultäten abgestimmt und durch einen Rektoratsbeschluss im Juli 2018 verabschiedet.

Die aus den skizzierten Prozessen resultierende Verbindung von universitärer Sprachenpolitik und Internationalisierungsagenda nimmt Mehr-

sprachigkeit und Internationalität an der Universität Bonn zum Ausgangspunkt und definiert sie zugleich als zentrales, erstrebenswertes Qualifikationsziel in Forschung, Lehre und Verwaltung.

Im Hinblick auf die Lehre hat die Umsetzung der in den Leitlinienpapieren formulierten strategischen Grundsätze und Ziele ihren Anfang mit einem Aktionsplan zur Implementierung von Mehrsprachigkeit in der Lehre genommen, der im Rahmen der HRK-EXPERTISE Themenwerkstatt „Internationalisierung der Bachelor-Curricula an der Universität Bonn“ erarbeitet wurde. Lehrbezogene Leitlinien der Bonner Sprachenpolitik werden auch in einer von der Prorektorin für Studium und Lehre einberufenen Arbeitsgruppe „Internationalisierung der Lehre“ bearbeitet.

Handlungsfelder einer institutionellen Sprachenpolitik

Sprachenpolitik wird an der Universität Bonn als ein zentrales Steuerungselement zur Umsetzung strategischer Ziele wie der Internationalisierung verstanden. Mit ihrem Bekenntnis zu einer offenen und diversitätsfördernden Sprachenpolitik reagiert die Universität Bonn auf die allgemeinen Herausforderungen gesellschaftlicher und akademischer Mehrsprachigkeit. Sprachenpolitische Überlegungen tangieren dabei sämtliche wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Bereiche an der Universität und schließen ebenso personelle wie institutionelle Handlungsfelder ein.

Reflexionen und Strategien zur Sprachenpolitik und zur Internationalisierung der Hochschule betreffen Fragen nach der Sprachwahl, konkret

- bei den Dienstleistungen der einzelnen Verwaltungsbereiche,
- bei der allgemeinen Außendarstellung der Universität,
- in der Lehre und
- beim wissenschaftlichen Austausch in Kolloquien, auf Tagungen und Fachkonferenzen sowie im Rahmen anderer universitärer Veranstaltungen.

Die Umsetzung der in den Leitlinien Internationalisierung und Sprachenpolitik formulierten Ziele lässt sich exemplarisch in den Handlungsfeldern zielgruppenspezifische Fremdsprachenausbildung und Verwaltung aufzeigen.

Zielgruppenspezifische Fremdsprachenausbildung

Die „Internationalisierungsstrategie 2020“ betont die Notwendigkeit einer optimalen Vorbereitung der Studierenden und des wissenschaftlichen Nachwuchses auf die Herausforderungen eines globalen, kompetitiven Wissenschafts- und Arbeitsmarkts. Im Rahmen von Maßnahmen einer „Internationalisierung zu Hause“ soll dies unter anderem durch die Förderung von Fremdsprachenkenntnissen sowie von internationaler und interkultureller Kompetenz als Bestandteil einer umfassenden und exzellenten akademischen Ausbildung erreicht werden. Diese Absicht wird im Leitfaden „Internationalität in der Lehre“ aufgegriffen, wo der Vermittlung angemessener Kenntnisse der studienrelevanten Fremdsprachen, in der Regel mindestens Deutsch und Englisch, eine besondere Bedeutung beigemessen wird. Die „Leitlinien Sprachenpolitik“ konkretisieren dies, indem sie dazu auffordern, eine Balance zu finden zwischen der Verbreitung von Englisch als Lingua franca und einer Strategie, die auf Förderung und Schutz von kultureller und sprachlicher Vielfalt als Ressource globaler Bildung bedacht ist. In diesem Kontext gilt ein besonderes Augenmerk der Förderung von Deutsch als Wissenschafts- und Unterrichtssprache.

Die bestehenden, auf die gesamte Universität zugeschnittenen Angebote im Bereich der Fremdsprachenaus- und -weiterbildung richten sich an einen breiten Personenkreis in unterschiedlichen Handlungsfeldern mit je spezifischen Interessen und Bedürfnissen: an internationale Studierende vor und während des Studiums, an deutsche Studierende in unterschiedlichen Phasen ihrer Ausbildung, an deutsche und internationale Doktorandinnen und Doktoranden, an Postdocs, wissenschaftlich Beschäftigte, internationale Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler sowie an die Beschäftigten in Verwaltung und Technik⁸. Die Fremdsprachenaus- und -weiterbildung an der Universität Bonn wird von einem breiten Spektrum unterschiedlicher, eng miteinander vernetzter Anbieter mit je eigenem Kompetenzprofil verantwortet. Diese Struktur hat sich bewährt, da so die Angebote maßgeschneidert auf die Bedürfnisse der einzelnen Zielgruppen ausgerichtet werden können. Seit Dezember 2017 werden

⁸ Das Angebot kann über das Sprachenportal der Universität recherchiert werden (www.sprachen.uni-bonn.de).

für alle Zielgruppen zudem digitale Sprachlernangebote zur kostenfreien Nutzung zur Verfügung gestellt.

Zur Klärung der Frage, ob das bestehende Fremdsprachenangebot die Nachfrage an passgenauen Qualifizierungs- und Unterstützungsangeboten für jede der genannten Zielgruppen abdecken kann, wurde im Dezernat Internationales und im Sprachlernzentrum der Universität eine Bedarfserhebung durchgeführt. Deren Auswertung hat gezeigt, dass die Angebote im Bereich der Fremdsprachenaus- und -weiterbildung gegenwärtig noch nicht ausreichen. Als erste Konsequenzen der Bedarfsanalyse wurden die Verstetigung von Strukturen im Sprachlernzentrum durch Finanzierung von festen Stellen bewilligt sowie die Ausweitung der Sprachmodule auf neue Zielgruppen und die Reorganisation des Deutschlernangebots in Angriff genommen. So können zukünftig alle internationalen Studierenden neben den vorhandenen allgemeinsprachlichen Deutschkursen wissenschaftssprachlich orientierte Veranstaltungen besuchen, in denen ihnen während einer begleiteten Studieneingangsphase studienspezifische Text-, Präsentations- und Argumentationskompetenzen (Referat, Hausarbeit, Mitschrift, Präsentation u.a.) vermittelt werden, die für ein erfolgreiches Studium an einer deutschen Universität unverzichtbar sind.

Internationalisierung der Verwaltung

Die in den Leitlinien zur Sprachenpolitik dargelegte systematische Internationalisierung der Verwaltungsbereiche sichert das erfolgreiche Handeln einer international kooperierenden Forschungsuniversität auf administrativer Ebene. Daneben unterstützt sie die Integration internationaler Universitätsangehöriger in den Campusalltag.

Eine im Jahr 2017 im Auftrag des Kanzlers innerhalb der zentralen und dezentralen Universitätsverwaltung durchgeführte Befragung hat ergeben, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung die internationale Ausrichtung der Universität Bonn nachdrücklich begrüßen und 95 % der Befragten weitere Internationalisierungsmaßnahmen für wünschenswert halten. Mit deren Konzipierung und Umsetzung hat die Hochschulleitung eine Projektgruppe „Internationalisierung der Verwaltung“ unter Federführung des Dezernats Internationales beauftragt.

Leitend sind hierbei die folgenden programmatischen Überlegungen und Zielsetzungen:

- A. Das prinzipielle Einverständnis des Verwaltungspersonals mit der Internationalisierung der Universität Bonn soll als Ausgangspunkt für die partizipative Bearbeitung von Chancen und Herausforderungen der internationalen Ausrichtung der Universität Bonn genommen werden. Diese Herangehensweise integriert den Internationalisierungsprozess in die alltäglichen Arbeitsabläufe aller in der Verwaltung Beschäftigten (von Azubi bis Führungskraft) während der unterschiedlichen Stadien ihrer beruflichen Tätigkeit.
- B. Für die Beschäftigten in den unterschiedlichen Verwaltungseinheiten wird ein auf ihre Bedürfnisse maßgeschneidertes Weiterbildungspaket zur Internationalisierung von Verwaltungsaktivitäten entwickelt, das gleichermaßen auf die Vermittlung von Sprachkenntnissen, interkulturellen Kompetenzen und Grenzen überschreitendem Fachwissen abzielt.
- C. Allen nicht-deutschsprachigen Mitgliedern und Gästen der Universität soll es möglich sein, mühelos durch die Universität zu navigieren – und zwar gleichermaßen durch Gebäude wie durch Webseiten und Verwaltungsakten. Dazu werden Informationen und Formulare ebenso wie Ordnungen und Satzungen durchgängig auch auf Englisch angeboten. Basis für diese Mehrsprachigkeitsoffensive sind die 2018 erfolgte Einführung eines deutsch-englischen Glossars mit verbindlichen Übersetzungen für zentrale universitäre Begriffe sowie ein „English Language Style Guide“, dessen Vorgaben eine einheitliche Außendarstellung durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universität sicherstellen sollen. Die Einrichtung eines zentralen Übersetzungsdienstes und einer Online-Redaktion für englische Texte unterstützt und reguliert die kontinuierliche Entwicklung weiterer mehrsprachiger Materialien, die zur internationalen Sichtbarkeit der Universität beitragen. Dies wird durch die personelle Verstärkung der Verwaltung ermöglicht, die auch dem aktiv und offensiv betriebenen Auslandsmarketing zugutekommt.

Über die hier skizzierten Handlungsfelder hinaus wurden im Rahmen der gesamtuniversitären Sprachenpolitik weitere Maßnahmen initiiert, die sich derzeit in der Umsetzungsphase befinden. Hierzu gehören u.a.

- die Internationalisierung des Berufungsmanagements
- die Erweiterung der Maßnahmen zur Personalmobilität
- der Ausbau des englischsprachigen Lehrangebots auf Bachelor-Ebene

Weitere Maßnahmen zur Unterstützung des Übergangs von der Strategieentwicklung in die konkrete Umsetzung des Internationalisierungsprozesses konzipiert die Universität Bonn im Rahmen des HRK-Re-Audit „Internationalisierung der Hochschulen“ in den Jahren 2019 bis 2022.

Kontakt und weitere Informationen

Olaf Brodersen

Koordination Re-Audit Internationalisierung & Diversity Audit
Universität Bonn
o.brodersen@uni-bonn.de

Dr. Dieter Faulhaber

Akademischer Oberrat an der Abteilung für Interkulturelle
Kommunikation und Mehrsprachigkeitsforschung mit Sprachlernzentrum
(IKM) am Institut für Sprach-, Medien- und Musikwissenschaft
Universität Bonn
dfaulhab@uni-bonn.de

Dr. Kai Sicks

Dezernent für Internationales
Universität Bonn
ksicks@uni-bonn.de

www.uni-bonn.de

3.5. Institutionelle Sprachenpolitik an der Hochschule Anhalt

Prof. Dr. Axel Schneider

Internationalisierung als Motivation

Wie an anderen Hochschulen auch, gehören an der Hochschule Anhalt Sprachlehrveranstaltungen und Informationsangebote in fremden Sprachen schon seit langem zur Routine des Hochschulbetriebs. Eine institutionelle Sprachenpolitik reicht jedoch über die Planungen und Maßnahmen einzelner Struktureinheiten und Fachbereiche hinaus: Sie bedeutet das Erstellen und Umsetzen eines expliziten hochschulweiten Gesamtkonzepts zu den Sprachen. Die Entscheidung, den Sprachbereich an der Hochschule mithilfe eines eigenen Konzepts stärker zu strukturieren, geht zum einen auf einen langfristigen Trend zur Internationalisierung aller Bereiche des Hochschullebens zurück. Quantitativ erfassbar ist diese Entwicklung unter anderem über die steigende Anzahl der ausländischen Studierenden und Dozenten. Auch der Umfang der explizit international ausgerichteten Aktivitäten – beispielsweise das Bereitstellen fremdsprachlicher Informationen verschiedenster Art, Austauschprogramme, Lehrveranstaltungen und Forschungsprojekte – nahm in den letzten Jahren stark zu. Gleichzeitig mit dem Umfang der Aktivitäten wuchs die Zahl ihrer Träger. Diese quantitativen und qualitativen Veränderungen führten insgesamt zu einem Verlust an Überschaubarkeit, wodurch wiederum der Koordinationsbedarf zunahm. Ein Lösungsansatz in dieser neuen Gesamtsituation ist die Einführung einer institutionellen Sprachenpolitik. Sie bietet sowohl die Möglichkeit zur Orientierung an einheitlichen Zielen als auch explizite Regeln für die effiziente Abstimmung von Einzelmaßnahmen der zahlreichen Akteure.

Den unmittelbaren Anstoß zur Einführung einer institutionellen Sprachenpolitik gaben die Empfehlungen des HRK-Audits „Internationalisierung der Hochschulen“ aus dem Jahr 2015. Das Sprachenkonzept folgt dabei den allgemeinen Zielen der Internationalisierungsstrategie der Hochschule Anhalt:

- Stabilisierung des Anteils an Studierenden mit internationalen Bildungsbiografien in Höhe von 25 % bis 30 %,

- Erhöhung der Diversität der Herkunftsländer,
- Hervorhebung der internationalen Attraktivität der Hochschulstandorte,
- Verstärkung der Internationalität von Ausbildungsinhalten und
- Diversifizierung internationaler Kooperationen.

Grundsätze und Ziele der Sprachenpolitik

Die neue Internationalisierungsstrategie der Hochschule Anhalt und die HRK-Empfehlung „Sprachenpolitik an deutschen Hochschulen“ aus dem Jahr 2011 setzen den Rahmen des hochschulweiten Sprachenkonzepts der Hochschule Anhalt, das zurzeit abschließend diskutiert wird. Fünf Grundsätze und Ziele bilden den Kern des Sprachenkonzepts:

- Alle Personen, die an der Hochschule Anhalt tätig sind, sollten über Sprachkenntnisse verfügen, die sie zur Bewältigung ihrer fachlichen Aufgaben im deutschen und im internationalen Sprachkontext benötigen.
- Deutsch ist im wissenschaftlichen Bereich Hauptsprache in der internen und in der Außenkommunikation. Die Arbeitssprache in den Bachelorstudiengängen ist primär das Deutsche. Die Fähigkeit der Studierenden, die deutsche Sprache im Studium fachgerecht als Wissenschaftssprache zu gebrauchen, wird gefördert.
- Das Englische ist nach dem Deutschen die zweite Arbeitssprache der Hochschule.
- Der Umfang der englischsprachigen Studienangebote in grundständigen und weiterführenden Studiengängen wird weiter erhöht.
- Bei besonderen fachlichen Anforderungen und im Bereich der Hochschulkoooperation können weitere Fremdsprachen zusätzlich zu Deutsch und Englisch hinzukommen.
- Die Verwendung und Förderung bestimmter Sprachen an der Hochschule erfolgt spezifisch je nach Zielgruppe und Funktionsbereich.

Bedarfsanalyse

Das Feststellen des Sprachenbedarfs stützt sich auf die Zielvorgaben der einzelnen Fachbereiche für bestimmte Studiengänge und ein Basiskonzept des Sprachenzentrums. Auf dieser Grundlage erfolgt das Festlegen des konkreten Bedarfs über die Rückmeldungen der unmittelbar beteiligten Akteure. Ziel ist hierbei, die aktuelle Nachfrage zu ermitteln, die Qualität der Lehre in einzelnen Veranstaltungen zu verbessern oder punktuell neue Lehrangebote einzuführen. Die Studierenden nehmen auf diese Weise über die Wahl von Modulen sowohl Einfluss auf die in der Ausbildung angebotenen Sprachen und das Anforderungsniveau als auch auf die fachliche Ausrichtung einzelner Angebote. Beispiele an der Hochschule Anhalt sind das Wahlpflichtmodul „TOEIC“ für das berufsorientierte Englisch für Fortgeschrittene und das freie Modul „Chinesisch für Anfänger“. Zusätzlich zu den Hinweisen von Dozenten sind die Wünsche von Studierenden, die etwa in der regelmäßigen allgemeinen Evaluation der Studiengänge geäußert werden, Informationsquellen für die Bedarfsermittlung.

Die Einführung einer institutionellen Sprachenpolitik ermöglicht eine gut koordinierte und langfristig ausgerichtete Bedarfsermittlung. Der Sprachenbedarf bestimmt sich wesentlich danach, welche Maßnahmen auf der Basis eines gegebenen Ist-Zustands ergriffen werden müssen, um die im Rahmen der Internationalisierungsstrategie formulierten Ziele der Hochschule Anhalt zu erreichen.

Umsetzung in der Lehre

Wie die Erfahrung zeigt, ist das Verwirklichen von Grundsätzen und Zielen meist komplexer und anspruchsvoller als deren Formulierung. Der Ausbau von Englisch als Arbeitssprache und die Qualitätssicherung des Faches Deutsch als Fremdsprache geben exemplarisch Einblick in die Situation zweier wichtiger Felder der Sprachenpolitik. Sie sind charakteristisch für die Querschnittsaufgabe „Sprache“, bei deren Bewältigung sehr unterschiedliche Partner zusammenwirken.

Englisch als Arbeitssprache in Bachelor-Studiengängen

Schon heute bietet die Hochschule Anhalt zahlreiche Masterstudiengänge mit Englisch als alleiniger Arbeitssprache an. Demgegenüber gibt es im Bachelorbereich zurzeit nur wenige englischsprachige Module. Das Erhöhen ihrer Anzahl soll nicht nur die Studierenden an der Heimathochschule besser auf ein internationales Ausbildungs- und Berufsumfeld vorbereiten, sondern beispielsweise auch ausländischen Erasmus+-Studierenden günstigere Studienbedingungen bieten. Beim Ausbau englischsprachiger Studienangebote muss jedoch gerade auch im Bachelor-Bereich berücksichtigt werden, dass die erforderliche Englischkompetenz für Fachveranstaltungen und andere Funktionsbereiche nicht bei allen Dozenten und Studierenden vorhanden ist. Veränderungen können deshalb nur schrittweise und mit mittelfristiger Perspektive herbeigeführt werden.

Die Verbesserungsmaßnahmen der Hochschule Anhalt setzen zum einen bei den Dozenten an. Das bestehende Aus- und Fortbildungsangebot in englischer Sprache, das vom Sprachenzentrum getragen wird, stößt auf breites Interesse und zeigt Erfolge. Es soll daher zielgruppengerecht weitergeführt und im Hinblick auf Inhalte und Vermittlungsformen diversifiziert werden. Allerdings sind Maßnahmen dieser Art wegen der großen Heterogenität der Zielgruppe so kostenintensiv, dass ihr Ausbau zurzeit noch nicht finanziell abgesichert ist. Auch eine besondere Berücksichtigung der Englischkompetenz bei Neueinstellungen ist vorgesehen. Das insgesamt stetig steigende Niveau der Englischkenntnisse der BewerberInnen um Stellen an der Hochschule rechtfertigt hier optimistische Zukunftserwartungen. Die Kompetenz im Englischen sollte jedoch deutsche Muttersprachler bei Berufungsentscheidungen nicht gegenüber englischen Muttersprachlern benachteiligen.

Ein zweiter Ansatz zum Ausbau englischsprachiger Studienangebote soll in der gezielten Einführung einzelner englischsprachiger Module in deutschsprachigen Studiengängen bestehen. Die Reichweite solcher Maßnahmen ist naturgemäß begrenzt, doch bedeutet der Zuwachs jedes einzelnen Moduls dieser Art einen Schritt in die richtige Richtung. Im Vergleich zu Studiengängen, in denen Englisch als alleinige Arbeitssprache fungiert, bieten englische Einzelmodule im Wahlpflichtbereich mehrere Vorteile:

- Mit ihnen können Credits erworben werden, die für den Bachelorabschluss unmittelbar relevant sind.
- Eine sprachliche Überforderung wird wegen der freiwilligen Teilnahme von Studierenden und Dozenten vermieden.
- Außerdem können solche Angebote von einzelnen Fachbereichen kurzfristig eingeführt und auch schnell eingestellt werden, falls sie sich nicht bewähren.

Pflichtmodule in englischer Sprache können kurz- und mittelfristig nur in Bachelorstudiengängen mit einem besonders starken internationalen Bezug angeboten werden. An der Hochschule Anhalt bestehen aktuell beispielsweise Planungen für das Modul „Intercultural Communication“ im neuen B.Sc. „Medienübersetzen – Softwarelokalisierung“, der im Wintersemester 2019/20 eingeführt wird.

Deutsch in deutschsprachigen Studiengängen

Der Bereich Deutsch für Studierende ist ein besonders gutes Beispiel für die Möglichkeiten und Grenzen institutioneller Sprachenpolitik. Im Vergleich zum Bereich der Lehre in Englisch, bei der im Wesentlichen nur die Fachbereiche und das Sprachenzentrum zusammenwirken, sind hier deutlich mehr Akteure an Planung und Umsetzung beteiligt. Zu den besonderen Rahmenbedingungen von Deutsch als Fremdsprache gehört, dass die Hochschule Anhalt einen im Vergleich zu anderen Fachhochschulen in Sachsen-Anhalt unter den Studierenden einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Bildungsausländern aufweist und mit dem Landestudienkolleg besonders eng verbunden ist.

Deutsch ist die obligatorische Arbeitssprache aller Bachelorstudiengänge und der meisten Masterstudiengänge. Sehr große Bedeutung besitzt die deutsche Sprache damit sowohl für die fachliche Ausbildung im engeren Sinne als auch für die Schlüsselkompetenz der allgemeinen Kommunikationsfähigkeit. Bei einem beträchtlichen Teil der Studierenden, vor allem auch bei Bildungsausländern, bestehen jedoch deutliche Defizite in der Beherrschung der deutschen Sprache. Für unsere Hochschule liegt eine besondere Herausforderung darin, dass

- einerseits eine angemessene Deutschkompetenz vom ersten Tag des Studiums an die unverzichtbare Grundlage für die Leistungsfähigkeit der Studierenden ist,
- andererseits aber Deutschunterricht in einem größeren Umfang nicht während des Fachstudiums an der Hochschule vermittelt werden kann, um größere Defizite ausgleichen zu können.

Die Fähigkeiten im Leseverstehen und im sprachlichen Ausdruck von Bildungsinländern und Bildungsausländern sind hier gleichermaßen betroffen.

Neuansätze der institutionellen Umsetzung

Zur Konzeption von Lösungsansätzen bietet die seit 2017 aktive Senatskommission Internationales mit der AG „Betreuungs- und Sprachkonzept“ eine breite organisatorische Basis, denn hier können sich die wichtigsten Akteure im Bereich der Hochschule Anhalt regelmäßig austauschen und Verbesserungsinitiativen einleiten. Zu den Teilnehmern der Senatskommission Internationales gehören zunächst die sieben Fachbereiche der Hochschule Anhalt, die die Mindestanforderungen an die Fremdsprachenkompetenz der Studierenden und Studienbewerber sowie die Inhalte und Ziele der Module in ihren Studiengängen definieren. Hinzu kommen die Hochschulleitung, das Studierenden-Service-Center, das International Office, das Sprachenzentrum und das Landesstudienkolleg. Als Ergebnis der Beratungen der Senatskommission Internationales wird im Wintersemester 2018/19 erstmals ein einheitliches und hochschulweit geltendes Sprachenkonzept beschlossen werden.

Der Entwurf für dieses Konzept sieht vor allem eine bessere Abstimmung von Planung und Umsetzung im Sprachenbereich vor. Als zentrale Struktureinheit soll das Sprachenzentrum der HSA für die Gesamtkoordination aller einschlägigen Sprachmodule im Bereich der Hochschule wirken und insbesondere die Verantwortung für die Planung und Durchführung der Lehrveranstaltungen und Prüfungen für Fremdsprachen tragen, die als Module in den Prüfungs- und Studienordnungen ausgewiesen werden. Das Sprachenzentrum wird dabei nicht nur mit den Fachbereichen zusammenwirken, sondern auch mit dem International Office und dem Landesstudienkolleg. Das International Office meldet den Bedarf an

Sprachausbildung für Gaststudierende und Gastdozenten an, während das Sprachenzentrum mit dem Landesstudienkolleg über die besonderen Qualifikationen im Austausch steht, über die ausländische Studierende für ein Fachstudium an einer Hochschule verfügen müssen. Um die Transparenz aller Abläufe sicherzustellen und Überschneidungen zu vermeiden, wird das Sprachenzentrum von den Fachbereichen so frühzeitig wie möglich sowohl über den Bedarf als auch über die fachbereichsintern vorgehaltenen Sprachmodule informiert, die für Studierende und Mitarbeiter der Hochschule Anhalt geplant werden. Die Qualitätssicherung im Sprachbereich wird, so wie dies die Internationalisierungsstrategie auch für andere Handlungsfelder vorsieht, durch eine Gesamtübersicht für alle Aktivitäten im Sprachbereich, für die von den Fachbereichen zugearbeitet werden muss, verstärkt ausgebaut.

Um das Einhalten konsistenter fachlicher Anforderungen zu gewährleisten, übernimmt das Sprachenzentrum außerdem die Federführung bei den Qualitätssicherungsmaßnahmen. Der Stand der Fremdsprachenkompetenz der Studierenden wird durch Sprachstandardtests vor allem zu Beginn des Fachstudiums erfasst und bewertet. Die Ergebnisse dienen dazu, Defizite festzustellen und zielgenaue Verbesserungen bei den Maßnahmen zur Sprachförderung zu ergreifen. Die Fachbereiche und andere beteiligte Einrichtungen unterstützen das Sprachenzentrum bei der Datenerhebung. Im Verfahren zur Anerkennung von Leistungen in Sprachmodulen, die nicht an der Hochschule Anhalt erbracht werden, holen die Fachbereiche jeweils die Expertise kompetenter Mitarbeiter des Sprachenzentrums ein.

Resümee

Englisch und Deutsch als Fremdsprachen in der Lehre sind nur zwei der vielen Bereiche einer institutionellen Sprachenpolitik, die sich an der Hochschule Anhalt erst zu entwickeln beginnt.

Während die Chancen einer explizit definierten Sprachenpolitik wohl unbestritten sind, bestehen bei der konkreten Umsetzung zahlreiche Hemmnisse. Spannungsfelder ergeben sich unter anderem aus unterschiedlichen Einschätzungen der Bedeutung von Englisch als Arbeitssprache, aus Art, Umfang und Zeitpunkt des studienbegleitenden

Deutschunterrichts, aus dem Kompetenzumfang der Akteure sowie, alle anderen Aspekte überschattend, aus den begrenzten finanziellen Möglichkeiten der Hochschule. Gewiss scheint jedoch, dass eine institutionelle Sprachenpolitik von Anfang an eines leistet: Sie bietet eine Querschnittsaufgabe oder eine einheitliche und konkrete Ausgangsbasis. Ohne diese läuft die Hochschule Gefahr, bei Einzelinitiativen zu verharren ohne Fortschritte zu erzielen.

Kontakt und weitere Informationen

Prof. Dr. Axel Schneider

Professor für Fachkommunikation Deutsch/Deutsch als Fremdsprache
Fachbereich Informatik und Sprachen
Hochschule Anhalt
axel.schneider@hs-anhalt.de

www.hs-anhalt.de

4. Sprachenpolitik an Hochschulen – Beispiele aus Europa

4.1. Language policy and multilingual practices at University of Copenhagen

Prof. Dr. Anne Holmen

Background

University of Copenhagen (UCPH) is a traditionally discipline- and research-based university. It was founded in Medieval Copenhagen in 1479 and until 1928 it was the only university in Denmark. Today it holds six faculties: Health and Medical Sciences, Humanities, Law, Bio- and Natural Sciences, Social Sciences, and Theology. Altogether, the six faculties house around 100 departments or centres with approximately 7.000 employees (researchers/lecturers, administrative/technical staff, and doctoral students) and 40.000 undergraduate and graduate students in more than 200 study programs. UCPH is primarily state-funded with one third of its budget provided by the Danish government to secure basic research and administration and one third tied to the educational output, i.e. in return for number of students enrolled and exams passed. The last third of the budget comes from external research-funding, i.e. from national or international sources and from private as well state-funded grants.

According to recent comparative studies (Hultgren et al., 2015; Dafouz & Smit 2016), European universities are increasingly engaged in language issues related to internationalisation. UCPH is no exception: since the 1990s there has been a strengthened focus on attracting more international full degree students and on student mobility in general (including ERASMUS and Nordic exchange programs). The number of internationally recruited researchers in junior as well as senior positions have risen markedly so that they now make up more than 30% of all research staff. Research output and international cooperation among researchers is predominantly carried out in English, and for all these reasons, economic as well as demographic and research-related, there is also a need for English-medium instruction to supplement Danish-medium instruction.

According to the authors of the ACA-statistics on English-taught programs in Europe (Wächter & Maiworm, 2014), the Nordic countries with the Baltic countries and the Netherlands are “the leaders of English-taught programs in Europe”. Today, content courses in English are no longer only offered to international students, but also to domestic students, and there is a growing interest in diversity of “the international classroom” (Kling & Skardhamar, 2014; Kling & Larsen, 2017). At the same time, UCPH as a state-funded public institution has an important mandate to fulfil in training professionals and academics for the Danish public and private labour market and to contribute to the general knowledge economy by disseminating research to a wider audience. For these reasons, Danish is also an important academic language and a complete switch to English at UCPH is neither feasible nor attractive. In addition, UCPH as a public organization under Danish legislation and regulation by the Danish Ministry of Research and Education is basically administered in Danish, and a major part of the formal and informal in-house communication, e.g. between researchers and technical and administrative staff, goes on in Danish.

Parallel language use

In general, there is a drive towards more English at universities like UCPH, but also a need to maintain and even strengthen the local language for academic purposes. In small countries on the European margin (Cots et al., 2014), targeted efforts to maintain the local language are even more important because national research networks are relatively small, and researchers are therefore more bound to transgress borders than their peers in e.g. Germany and France. There is a tradition for cooperation between universities in the Nordic region, including specific Nordic research funding and student exchange programs, and to a certain extent, Nordic languages are used for this contact, but increasingly also English. Allegedly, the introduction of English has been made easier by a relatively high level of English among the population as such in the five Nordic countries (European Commission, 2012).

To deal with the complexities of this language situation, Nordic universities often refer to the term “parallel language use” or “parallellingualism” (Holmen, 2015). In the Declaration on a Nordic

Language Policy from 2006 the term is defined this way: "The use of parallel languages refers to a situation in which two languages are considered equal in a particular domain, and where the choice of language depends on what is deemed most appropriate and efficient in a specific situation". Parallel language use may take many forms in teaching, research, and administration, and be complete (e.g., full texts in both languages) or targeted (e.g., full text in one language and a summary in the other). Within education, the discussion centres around the distinction between on the one hand switching languages in content teaching without focusing on language as such, and on the other hand building a new curriculum where content and language are both learning objectives (Kling, 2017). The first is often referred to as EMI (English Medium Instruction), the latter as CLIL (Content-and-Language-Integrated Learning). In addition to these two models, Nordic universities have a tradition for "simultaneous parallel code use", i.e. a learning situation where reading is in English (or German or French) and medium of instruction is the local language (Arnbjörnsdóttir & Ingvarsdóttir, 2017). The Nordic Council of Ministers set up an expert group on parallel language use at Nordic universities in 2012. The expert group has visited a series of universities within the Nordic region focusing on the impact of internationalisation on staff, students, and organisational structures plus the content and implementation of local and national language policies, and language support initiatives. At each university, representatives from management, heads of department, program directors, human resource units, and directors of language centres were interviewed. In the final report (Gregersen et al., 2018), a number of best practices are identified, and the work is summarised into 11 recommendations for universities. The major recommendations are these:

1. All universities need a language policy, in the form of an officially acknowledged document, closely linked to the university's initiatives concerning internationalization and anchored at top management level.

The language policy must be broad, i.e. deal with language(s) for lecturing, seminars and supervision at different academic levels; for recruiting and developing research staff, for administration

and in-house cooperation; for external communication; and for research publications and public outreach.

2. All universities must set up a language committee to follow up on the language policy in practice. Members must represent different faculties, students and administration, and the committee must report back annually to the university's President and Board.
3. All universities must establish a language centre, providing courses in English and the local language for lecturers, administration, and students. If possible, courses should not be generic, but based on local needs and disciplinary priorities. Other foreign languages than English may be included.

Language policy at UCPH

UCPH does not comply with all the recommendations from the Nordic report, but since 2008 a number of initiatives have nevertheless been taken to support languages across the university. There is no official document called language policy, and no language committee. However, at the institutional level there is a mission statement on parallel language use as the guiding principle (from 2008), a language policy for administrative purposes (from 2014), a five-year strategy to support students' development of diversified language resources (from 2013), and a language centre, providing language courses for academic staff, administrative staff and students, and in-house consultancy in language matters. In addition, the language centre, Centre for Internationalisation and Parallel Language Use, was also established with a research mandate and funding. All these initiatives are top-down decisions, i.e. they either originate from the President's office or from the University Board, or they are developed by members of staff or appointed committees and then approved and funded centrally before being implemented. Choice of medium of instruction is not made at this level of the organisation. One faculty, Natural Sciences, has decided on a model with undergraduate courses in Danish and graduate courses in English for the entire faculty. At the five other faculties, choice of medium of instruction depends on the program, the number of international students, and the availability of lecturers being able to teach in Danish or English. Some departments and research units have worked out their own language policy for meetings

and internal communication, other units deal with this in a less transparent and more laissez-faire like way.

Top-down and bottom-up processes

In general, there is a growing awareness across UCPH of the role of languages for the quality of teaching, for lecturers' and researchers' professional identity and cooperation, and for the university as a workplace and an organisation contributing to the knowledge economy. This awareness stems from the everyday experiences with teaching and learning, with research and communication and international networking among staff and students. Thus, its main quality is its groundedness in the practices of academia, and its innovative strengths depend very much on individual "burning souls". Here a group of linguists from several departments and language teachers connected to the Centre for Internationalisation and Parallel Language Use have played a key role. However, there is also a tendency for language issues to fall into the well-known "nice-to-have category" rather than the "need-to-have category" (see e.g. Saarinen, 2012). The last decade has shown that the support from the President's office and the University Board at UCPH has been highly influential in promoting new language initiatives. This includes the introduction of EMI as well as the multilingual strategy for students plus the willingness to set aside funding for language support and research into parallel language use.

"More Languages for More Students"

One example may illustrate this combination of bottom-up innovation with top-down decision making: The multilingual strategy of "More Languages for More Students" (Larsen & Holmen, 2017).

The strategy was launched in 2013 after a cross-faculty committee was set up in 2012 by the University's President. The committee referred to the following paragraph in the University's Destination 2012 (the UCPH strategy from 2008) which supplemented the main principle of parallel language use (English and Danish):

UCPH shall [plan the language policy so that we] benefit from the special opportunity of already carrying out research and teaching in a number of

languages. Students must be given easily available opportunities in another foreign language and another culture than the Anglo-Saxon.

The cross-faculty committee recommended that UCPH would fund a five-year research-supported project on languages for students outside foreign language programs. The overall aim was to improve language skills across the university in multiple languages, and one goal was to identify language needs among students through surveys, interviews and meetings. Another goal was to develop new tailor-made language activities to meet these needs. All in all, the project team has been in contact with more than 6.000 students, 800 lecturers and 1200 PhD-students through surveys. They have also had close to 50 meetings, with study boards, directors of study programs, faculty representatives, the international office and student councillors. Based on these needs analyses and in close collaboration with the content teachers involved, the project team has developed and carried out 36 pilot projects, targeting more than 4.400 students. All six faculties have taken part in one or more pilot projects. The needs analyses showed a variety of language needs besides an expected dominance of English. Thus, 18 projects focus on Academic English and 18 projects on other languages: Arabic, Chinese, Classical Greek, Danish as a second language, German, French, Italian, Latin, and Spanish. The choice of language stems from different needs related to the students' career prospects, to their present interests in doing field work or studying abroad, to their educational experience with disciplinary language use and need to improve study skills and finally to the opportunity of accessing texts in other languages than English and Danish. The courses are tailor-made to fit disciplinary needs and logics rather than being generic. Thus, a majority of the 36 projects focus on written language (13 on reading comprehension, and 11 on writing), five projects on oral interaction, and 7 on more than one skill. Needs analyses and projects show that there is a clear interest in acquiring relevant academic skills in a number of foreign languages among students at UCPH. There is also a clear need for language support in Academic English and Danish – organized as an ad-on course or, preferably, integrated into content classes. But there is also a widespread scepticism towards using ECTS-points on language related activities, a scepticism most clearly voiced among the content lecturers and program

directors. Thus, the lessons learned from the five-year project include that successful language initiatives must be made relevant at macro, meso and micro level of the organisation and build on a combination of language expertise with disciplinary identities and respect for the organisational structure.

References

Arnbjörnsdóttir, B. & Ingvarsdóttir, H. (2017). Simultaneous Parallel Code Use. In: Arnbjörnsdóttir, B. & Ingvarsdóttir, H. (eds.). *Language Development across the Life Span*. Springer. 163-178.

Cots, J. M., Llorca, E., & Garrett, P. (2014). Language policies and practices in the internationalisation of higher education on the European margins: An introduction. *Journal of Multilingual and Multicultural Development*, 35(4), 311–317.

Dafouz, E. & Smit, U. (2016). Towards a dynamic conceptual framework for English-medium education in multilingual university settings. *Applied Linguistics* 37(3): 397–415.

European Commission (2012). *Europeans and the Languages*. European Commission.

Gregersen, F., Josephson, O., Kristoffersen, G., Östman, J-O., Londen, M., Holmen, A., et al. (2018). *More Parallel Please*. København: Nordisk Ministerråd. DOI: 10.6027/TN2018-510.

Holmen, A. (2015). Parallel language strategy. In N. van Deusen-Scholl & S. May (eds.), *Encyclopedia of language and education: Second and foreign language education*, 3rd ed. Cham, Switzerland: Springer.

Hultgren, A. K., Dimova, S., & Jensen, C. (2015). Introduction: English-medium instruction in European higher education: from the North to the South. In S. Dimova, A. K. Hultgren, & C. Jensen (eds.), *English-medium instruction in European higher education: English in Europe*. Volume 3, 1-15. Boston/Berlin: Mouton de Gruyter.

Kling, J. (2017). English medium instruction and the international classroom. In M. A. Snow, & D. M. Brinton (eds.), *The Content-Based Classroom: New Perspectives on Integrating Language and Content*. 2. rev. ed., 216-227. Ann Arbor: University of Michigan Press.

Kling, J. & L. P. Skardhamar (eds.) (2014). *Reflections and teaching experiences from the international classroom*. Copenhagen: University of Copenhagen.

Retrieved from <https://indd.adobe.com/view/43da421b-3765-4660-b5fd-8cb50b0f1d31>

Kling, J. & S. Larsen (eds.) (2017). Reflections and learning experiences from the international classroom. Copenhagen: University of Copenhagen. Retrieved from www.e-pages.dk/ku/1286/

Larsen, S., & Holmen, A. (2017). Towards more languages for more students at the University of Copenhagen: The interplay between local and global drivers of change. *Casalc Review*, 2, 132–144.

Nordic Council of Ministers (2007). Declaration of Nordic Language Policy 2006. Copenhagen. Retrieved from <http://norden.diva-portal.org/smash/get/diva2:700895/FULLTEXT01.pdf>

Saarinen, T. (2012). Internationalization of Finnish higher education – is language an issue? *International Journal of the Sociology of Language*, 216, 157–173. doi:10.1515/ijsl-2012-0044.

University of Copenhagen (2008). Destination 2012: Strategi for Københavns Universitet 2012. Retrieved from www.ku.dk/ledelse/bestyrelse/M%C3%B8der/2007/moede23/Pkt.03-strategi_bilag1.pdf

Wächter, B., & Maiworm, F. (2014). English-taught programmes in European higher education: The state of play in 2014. Bonn: Lemmens Medien GmbH.

Kontakt und weitere Informationen

Prof. Dr. Anne Holmen

Director of the Center for Internationalisation and Parallel Language Use,
University of Copenhagen, Dänemark
aholmen@hum.ku.dk

www.ku.dk

4.2. Developing institutional language policies in higher education: Case University of Helsinki

Tiina Kosunen

1. Background and Context: Language-Related Legislation at the University of Helsinki

The position of the national languages, Finnish and Swedish, at universities is set in Finnish legislation. The status of the national languages is defined in the Universities Act (558/2009), the Government Decree on Universities (770/2009) as well as the Act on the Knowledge of Languages Required of Personnel in Public Bodies (424/2003). The use of languages other than Finnish or Swedish in teaching has also been set in the Universities Act.

The above legislation regulates the University's official teaching and degree languages, the language of administration, the language skills required of staff as well as the language rights of members of the University community. The Regulations and Strategic Plan of the University of Helsinki guide the implementation of the statutory requirements regarding the national languages as well as the relevant practices and objectives at the University of Helsinki.

Languages are resources for the University community.

At the University, bi- or multilingualism and internationalism are an asset for everyone.

The University supports students and staff in their efforts to improve their language skills. Language skills are a requirement for participating in international research, a path to understanding other cultures, and a tool for promoting one's own culture. Multilingualism and knowledge of one's own and other cultures promote creative thinking and a community spirit.

As an educational institution, the University safeguards the national languages.

The University of Helsinki bears a particular responsibility for Finland's national culture as well as for the position of the national languages (Finnish and Swedish) as languages of science.

With its language choices, the University of Helsinki supports the development of Finland's national languages as the languages of research and academic education, as well as their role as tools for social interaction. It is the University's responsibility to ensure that its research serves society and that the new information it generates becomes a part of the general education and culture shared by all. Through its language choices and policies, the University of Helsinki also promotes the competitive edge of graduating Bachelor's, Master's and doctoral degree holders on the employment market in Finland and abroad.

As a research institution, the University bears responsibility for internationalisation.

The University operates in an international environment, and the University is an attractive destination for international students, teachers and researchers.

The English language has become an academic lingua franca, and as an international institution, the University of Helsinki participates in this development. The University promotes fluent communication and interaction between people from different linguistic backgrounds who share English as a common language. In addition, the University believes that learning and using other languages is valuable. The University combines an international outlook with its responsibility for protecting the country's national languages.

2. Purpose**By formulating a language policy, the University**

- Ensures that the language and communication methods used in its research, teaching, administration, services and communications are appropriate and understandable, and that the standard of the language used reflects the high quality of the University's operations

- Raises linguistic awareness, builds well-functioning bilingualism, highlights multilingualism as a strength and encourages the parallel use of different languages
- Meets the challenges of internationalisation
- Secures the position of the national languages in research communication and teaching
- Supports and enhances the implementation of the University's official bilingualism
- Drafts guidelines for teaching and research conducted in different languages

3. Status of the languages in the University

3.1 The University of Helsinki and the national languages Finnish and Swedish

The University of Helsinki maintains and develops an active and functional bilingual policy. Since the University of Helsinki is the academic flagship for an officially bilingual society, its own bilingual efforts must be active and efficient. Its Swedish-language education corresponds to the requirements set by the bilingual society, the labour market and legislation. The constant development of scientific terminology in the national languages is important so that information on science can be accessed by all Finns. The University of Helsinki is aware of its special position, particularly in terms of the development of Finnish as an academic language.

3.2 The international University

Conducting international teaching and research requires actively using foreign languages. The University recruits international students who meet the University's requirements for skills in Finnish, Swedish or English. The staff are also becoming increasingly international in terms of background and competences, which is an asset for the University.

3.2.1 The English language and its status

- The provision of education in English supports the University's educational objectives and is not in conflict with the development of the status of the national languages.

- Increasing and developing teaching in English are part of the effort to create an international learning environment. This supports the presence of different values, worldviews and argumentation traditions in teaching. The cultural dimension and inter-cultural interaction will be integrated into teaching, supervision and guidance and services.
- A person with no skills in Finnish or Swedish can serve at the University of Helsinki in positions which do not require such competence. Proficiency in English, however, is usually required in such cases.

3.2.2. The status of other foreign languages

- Global developments and European integration have generated a need for skills in other foreign languages in both the academic community and Finnish society at large. The status of the Nordic languages is important particularly in terms of Nordic mobility and cooperation.
- The multilingual skills of students, researchers and staff are exploited in the development of the University's international efforts.

4. The implementation of the language policy

The language policy will be updated when necessary based on monitoring and feedback, at least during every other strategic period. The implementation of the language policy is part of the University's operations management process and the annual monitoring of the implementation of objectives.

- The implementation of the University's multilingual policies in studies will be monitored based on developments in the number of credits completed in different languages.
- The University will monitor the languages of publications through the TUHAT research database.
- Staff participation in language training is monitored as part of the training statistics in the University's annual reporting.
- Surveys by theme or target group will be conducted as part of the monitoring at the rector's discretion. Suggestions on topics may

be made by the Academic Affairs Council, the Research Council and the committee for Swedish language affairs.

- Faculties and departments report on their implementation of the language policy as part of their annual reporting.
- The University examines its language policy and use of languages from different perspectives. The expertise available at the University will be exploited when monitoring and analysing the implementation of the language policy.

Kontakt und weitere Informationen

Tiina Kosunen

Head of Development, University Services,
University of Helsinki, Finland
tiina.kosunen@helsinki.fi

www.helsinki.fi

5. Ergebnisse der HRK-Umfrage zur Sprachenpolitik an deutschen Hochschulen

HRK-Online-Umfrage zum Thema Sprachenpolitik

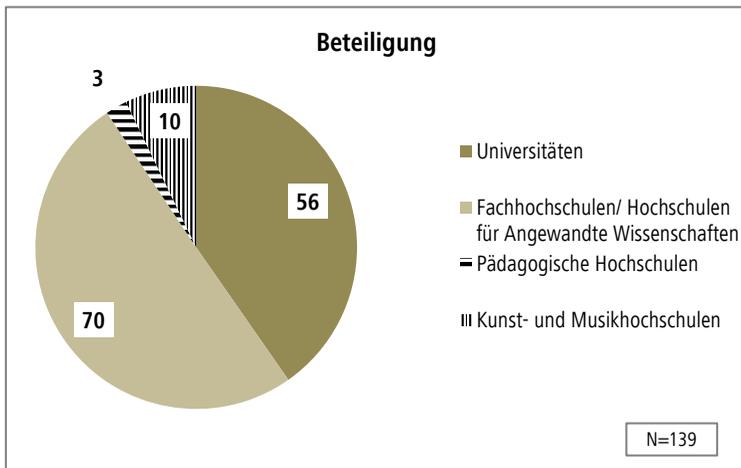
Ende 2017 führte die HRK eine Online-Umfrage zur Sprachenpolitik an deutschen Hochschulen durch, um eine Übersicht zu der aktuellen Situation und Umsetzung sprachenspolitischer Maßnahmen an den Hochschulen zu erhalten. Die Umfrage richtete sich an die Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten für Studium und Lehre bzw. für Internationales der Mitgliedshochschulen der HRK, die Leitungen der Akademischen Auslandsämter bzw. International Offices sowie die im Arbeitskreis der Sprachenzentren (AKS) vertretenen Sprachenzentren der deutschen Hochschulen. Im Folgenden sollen einige Ergebnisse vorgestellt und eine erste Einordnung vorgenommen werden.

Beteiligung

Insgesamt gingen bei der HRK 162 Antworten ein, die von insgesamt 139 Hochschulen stammten, d.h. an einigen Hochschulen wurde der Fragebogen von mehreren Bearbeiterinnen bzw. Bearbeitern ausgefüllt. Für die Teile der Auswertung, die sich auf die Hochschulen insgesamt beziehen, wurden diese Antworten soweit wie möglich und sinnvoll zusammengeführt⁹.

In Bezug auf die Bearbeitung der Umfrage ergibt sich die folgende Verteilung: 38 % Angehörige der Akademischen Auslandsämter/ International Offices, 29 % Sprachenzentren, 22 % Hochschulleitungen sowie 11 % andere Personengruppen nahmen an der Umfrage teil.

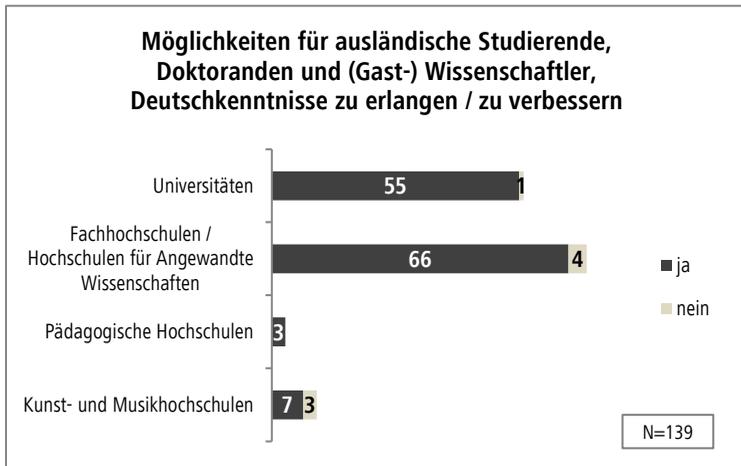
⁹ Hierzu wurden sich ergänzende Angaben zusammengeführt (z. B. bei Handlungsbedarfen). Bei widersprüchlichen Angaben wurde eine Plausibilitätskontrolle durchgeführt (z. B. Anzahl mehrsprachiger Studiengänge; Angaben zur Kooperation mit externen Partnern) und die Angaben entsprechend bereinigt. Weiterhin widersprüchliche Angaben wurden bei der Auswertung nicht berücksichtigt.



Angebote in unterschiedlichen Sprachen

In vielen Bereichen lässt sich ein vielfältiges Engagement der Hochschulen für den Einsatz von unterschiedlichen Sprachen im Hochschulalltag erkennen – und zwar unabhängig von dem Umstand, ob die jeweilige Hochschule eine eigene Sprachenpolitik formuliert hat. So geben ca. 95 % der teilnehmenden Hochschulen an, neben dem deutschsprachigen auch über einen englischsprachigen Internetauftritt zu verfügen, knapp 9 % erklären darüber hinaus zumindest in ausgewählten Bereichen auch noch weitere Sprachen zu verwenden. Knapp 60 % der Hochschulen, die sich an der Umfrage beteiligt haben, verfügen über fremd- bzw. mehrsprachige Bachelor-Studiengänge (insgesamt 41 bzw. 68 Hochschulen) sowie 76 % über fremd- bzw. mehrsprachige Master-Studiengänge (insgesamt 101 bzw. 69 Hochschulen).

Fast alle der Hochschulen, die sich an der Umfrage beteiligt haben, berichten, ausländischen Studierenden, Promovenden oder Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern die Möglichkeit zu geben, Deutschkenntnisse zu erlangen bzw. zu verbessern. Dabei erklären 25 Hochschulen, dass diese Angebote gebührenpflichtig sind (davon 20 Universitäten, 3 Fachhochschulen sowie 2 Kunst- und Musikhochschulen), während sie an den anderen Hochschulen kostenlos zur Verfügung stehen. Ca. die Hälfte der Hochschulen geben zudem an, dass sie mit anderen Anbietern von Sprachkursen zusammenarbeiten.



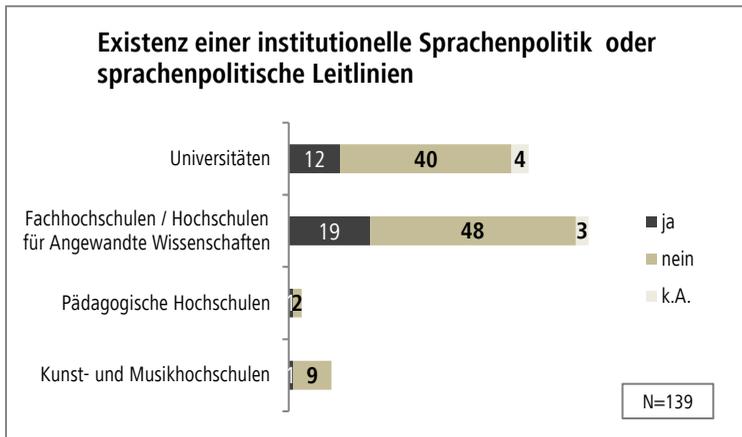
Existenz einer institutionellen Sprachenpolitik oder sprachpolitischen Leitlinien

Ca. zwei Drittel aller Befragten geben an, die Empfehlungen zur Sprachenpolitik der HRK zu kennen; bei den Vertreterinnen und Vertretern der Sprachenzentren erreicht diese Quote ca. 80 %. Mehr als drei Viertel aller Befragten stufte die Empfehlungen als hilfreich ein. Dabei wurde der Nutzen der HRK-Empfehlung sowohl in der allgemeinen Sensibilisierung für das Thema als auch im Hinblick auf Strategieentscheidungen und auf die Konzeption einer Internationalisierungsstrategie gesehen.

Dennoch haben bis heute nur eine relativ kleine Anzahl von Universitäten und Fachhochschulen eine eigene institutionelle Sprachenpolitik oder sprachpolitische Leitlinien beschlossen: Rund 20 % der Universitäten, die sich an der Umfrage beteiligt haben, sowie rund 27 % der Fachhochschulen geben an, über eine Sprachenpolitik oder sprachpolitische Leitlinien zu verfügen. Dabei fällt auf, dass nur eine der Hochschulen, die der Kategorie der großen Universitäten¹⁰ zuzurechnen ist, diese Frage positiv beantwortet hat. Bei den Hochschulen, die angeben, über eine entsprechende Positionierung zu verfügen, beziehen sich diese bei zwei Drittel der Institutionen auf die gesamte Hochschule, während sie bei

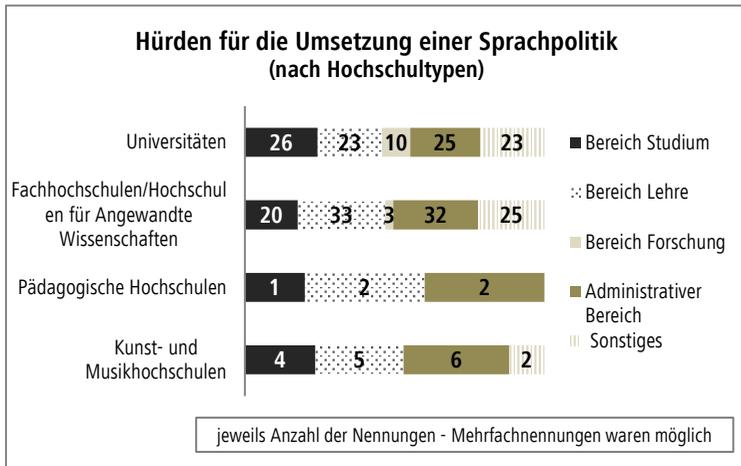
¹⁰ Universität mit mehr als 20.000 Studierenden.

dem verbleibenden Drittel nur ausgewählte Handlungsbereiche abdecken (i.d.R. Studium, z. T. Lehre, Forschung und/oder Verwaltung). Sowohl bei den Universitäten als auch bei den Fachhochschulen geben jeweils ca. 85 % der Institutionen, die bislang noch nicht über entsprechende Leitlinien verfügen, an, dass sie bereits an der Entwicklung einer Sprachenpolitik arbeiten (Universitäten: 40 %, Fachhochschulen: 21 %) oder aber zumindest grundsätzlich an diesem Thema interessiert sind (Universitäten: 45 %, Fachhochschulen: 65 %).

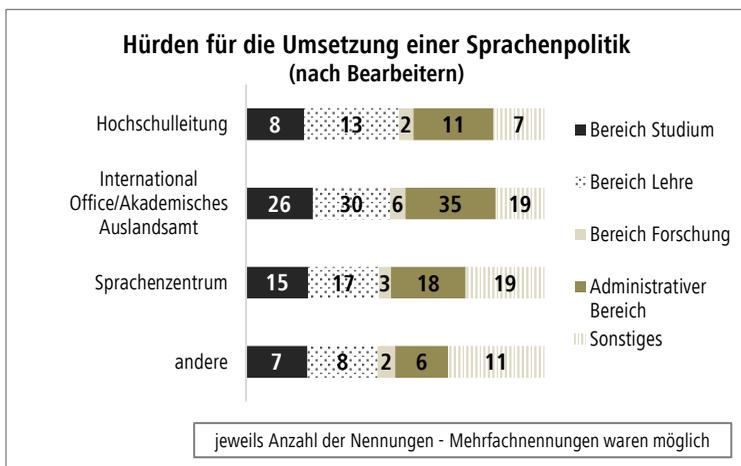


Herausforderungen für die Umsetzung einer Sprachenpolitik

Allerdings nehmen die Hochschulen auch eine Reihe von Hürden wahr, die die Umsetzung einer Sprachenpolitik erschweren. Dabei fällt auf, dass die Hürden v.a. in den Bereichen Verwaltung, Lehre und Studium gesehen werden, weniger im Bereich der Forschung. Zwischen den verschiedenen Hochschultypen ist zudem eine gewisse Schwankungsbreite festzustellen: So werden bei den Fachhochschulen größere Schwierigkeiten im Bereich der Lehre und im administrativen Bereich gesehen, während bei den Universitäten abgesehen vom Bereich der Forschung eine relativ einheitliche Verteilung festzustellen ist.



Und auch wenn die Frage nach Hürden bei der Umsetzung in Bezug auf die unterschiedlichen Akteure in den Hochschulen ausgewertet wird, zeigt sich eine vergleichbare Verteilung.



In diesem Kontext wurden auch verschiedene besondere Problemfelder angesprochen. So wird darauf hingewiesen, dass die Organisationsstrukturen, die Größe der Hochschule und/oder die Diversität der in der Hochschule vertretenen Fächer eine institutionelle sprachenpolitische Positionierung erschwerten. Von verschiedenen Bearbeitern wird ein

mangelndes Bewusstsein für sprachpolitische Fragen an der eigenen Hochschule beklagt. In vielen Kommentaren wird zudem auf die Bedeutung entsprechender Sprachkompetenzen bzw. deren Fehlen bei den verschiedenen Gruppen von Hochschulangehörigen hingewiesen. So gebe es beispielsweise trotz der beruflichen Relevanz bei den eigenen Studierenden nur eine eingeschränkte Akzeptanz englischsprachiger Module. Weitere hinderliche Faktoren werden in einer unzureichenden finanziellen und personellen Ausstattung der Hochschulen sowie ggf. in hinderlichen politischen bzw. ministeriellen Vorgaben gesehen.

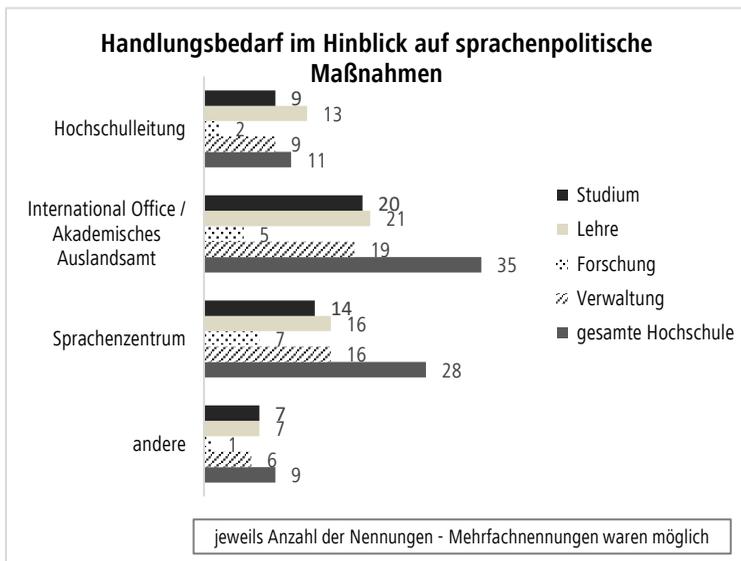
Begleitmaßnahmen zur Umsetzung sprachpolitischer Entscheidungen

Im Hinblick auf die Frage, inwieweit an den Hochschulen Begleitmaßnahmen zur Umsetzung sprachpolitischer Entscheidungen existieren, fällt die Antwort an jeweils rund zwei Drittel der Universitäten und Pädagogischen Hochschulen, aber nur an gut einem Drittel der Fachhochschulen und an nur 10 % der Kunst- und Musikhochschulen positiv aus. Zu den in diesem Kontext genannten Maßnahmen gehören u. a.

- Sprachkurse auch für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie Lehrende der Hochschulen,
- Einrichtung von Übersetzerstellen, Arbeiten an einem zweisprachigen Internetauftritt, Bereitstellung eines style guide oder Glossars,
- Neueinrichtung von Sprachzentren bzw. die gute Finanzierung bestehender Einrichtungen,
- Ausbau englischsprachiger Lehrangebote,
- Unterstützung internationaler Studierender beim Erwerb von Deutschkenntnissen,
- Einrichtung entsprechender Gremien bzw. verstärkte Einbeziehung von relevanten Akteuren in bestehende hochschulinterne Gremien,
- Berücksichtigung sprachpolitischer Aspekte in Ziel- und Leistungsvereinbarungen,
- Durchführung von Befragungen und Bedarfsanalysen,
- curriculare Verankerung von Fremdsprachmodulen.

Handlungsbedarf im Hinblick auf sprachpolitische Maßnahmen

Bei der Frage, in welchen Bereichen die unterschiedlichen Akteure in den Hochschulen besonderen Handlungsbedarf im Hinblick auf sprachpolitische Maßnahmen wahrnehmen, zeigt sich, dass auch hier der Bereich Forschung eher selten als kritisch beurteilt wird. Von vielen Bearbeiterinnen und Bearbeitern wird zwar Handlungsbedarf in Bezug auf die gesamte Hochschule gesehen, bei der Nennung von Einzelbereichen liegt allerdings wieder ein deutlicher Fokus im Bereich der Lehre, gefolgt von den gleich häufig genannten Bereichen Studium und Verwaltung.



Unterstützungsbedarfe

Viele der teilnehmenden Hochschulen verweisen auf die Vielfalt der Aufgabenbereiche, die mit der zunehmenden Hinwendung zu einer mehrsprachig agierenden Hochschule verbunden sind, und betonen, dass der hiermit verbundene Aufwand eine dauerhafte Ausstattung mit den notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen erfordere. Eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung sei die Grundvoraussetzung, um den mit Mehrsprachigkeit verbundenen Anforderungen und Aufgaben angemessen gerecht werden zu können. Des Weiteren werden

Aspekte genannt wie die Notwendigkeit einer Sensibilisierung für Sprachenfragen innerhalb der Hochschulen sowie in deren Umfeld, eine politische Unterstützung („klarer gesellschaftspolitischer Auftrag“), die Überprüfung nachteiliger Vorgaben (z. B. Hochschulfinanzierung geknüpft an Einhaltung der Regelstudienzeit, die den erhöhten Zeitaufwand für Sprachenlernen nicht berücksichtigt) sowie Unterstützungsformate durch externe Akteure (beispielsweise durch eine unabhängige Prozessmoderation). Gewünscht werden von vielen Hochschulen aber auch (umfassendere) Fortbildungsangebote für alle Statusgruppen, Anreize für Lehrende (z. B. höhere Anrechenbarkeit von fremdsprachiger Lehre auf das Lehrdeputat), eine Unterstützung bei der Weiterentwicklung didaktischer Konzepte für fremdsprachige Lehre, eine verbesserte curriculare Berücksichtigung des Lernens von Fremdsprachen sowie, vor allem im Hinblick auf die besonderen Bedürfnisse kleinerer Hochschulen, die Einrichtung hochschulübergreifender Koordinations- bzw. Servicestellen, welche Unterstützungsangebote bündeln.

6. Studie zum Thema Sprachenpolitik an den Hochschulen in den Niederlanden

6.1. Einleitung

Lennart Nooij

In den Niederlanden, wie auch in vielen anderen europäischen Ländern, hat sich die Hochschullandschaft in den vergangenen zwei Jahrzehnten wesentlich verändert, unter anderem durch die Einführung des Bachelor-Master-Systems 2002, die Einführung eines unabhängigen Akkreditierungsinstituts für die Niederlande und Flandern 2005, die Entwicklung von Masterprogrammen an Fachhochschulen, die Entwicklung von zwei-jährigen Kurzprogrammen („Associate Degree Programmes“) und die weitgehende Internationalisierung der Lehre.

Im Kontext der Internationalisierung werden immer mehr Studentinnen und Studenten ausgetauscht, wurden Joint und Double Degrees gesetzlich ermöglicht, und wurde in vielen Programmen die Vermittlung von interkulturellen Kompetenzen in die Lehre integriert.

Darüber hinaus ist sowohl im Bachelor- als auch im Masterbereich die Anzahl der Programme, die gänzlich auf Englisch unterrichtet werden, deutlich gestiegen. Ende der 1990er Jahre gab es nur ausnahmsweise englischsprachige Programme. Mittlerweile werden mehr als ein Viertel aller Bachelorprogramme (410 von insgesamt 1489) und mehr als die Hälfte aller Masterprogramme (562 von insgesamt 949) auf Englisch angeboten. Fast zehn Prozent der Studierenden an Fachhochschulen studiert mittlerweile auf Englisch. An den Universitäten sind es 21 % der Bachelorstudierenden und 70 % der Masterstudierenden. Damit bieten die Niederlande viele Studienmöglichkeiten für ausländische Studentinnen und Studenten.

An den Fachhochschulen ist die Zahl der ausländischen Studierenden in den letzten zehn Jahren von 21.000 im Jahr 2008 auf 27.000 im Jahr

2017 gestiegen. Die Gesamtpopulation der Studierenden ist mit ungefähr 450.000 relativ stabil. Hierbei handelt es sich ausschließlich um vollimmatrikulierte Studierende; Austauschstudierende sind hier nicht mitgerechnet.

An den Universitäten zeigt sich ein anderes Bild: Die Gesamtzahl der Studierenden an Universitäten hat von 250.000 im Jahr 2008 auf 275.000 im Jahr 2017 zugenommen. Die Zahl der ausländischen Studierenden (ohne Austauschstudierende) stieg gleichzeitig von 17.680 auf 48.517, wobei fast die Hälfte davon (22.125) aus Deutschland kommt. Bei 23 % der Masterstudierenden in den Niederlanden handelt es sich damit um Ausländerinnen bzw. Ausländer.

Es ist nicht verwunderlich, dass diese Entwicklung zu politischen und gesellschaftlichen Debatten führte. Nicht nur über die unterschiedlichen Gründe, die Studienprogramme auf Englisch anzubieten, sondern auch über die möglichen gesellschaftlichen Folgen: Haben Absolventen eine bessere Chance auf dem Arbeitsmarkt, wenn sie auf Englisch ausgebildet werden? Was sind die Folgen für die Studienabbrecherquote? Und wie beeinflusst die Sprachenstrategie der Hochschulen die niederländische Kultur?

Auf Grund dieser Debatten hat die Bildungsministerin 2017 die Königliche Akademie der Wissenschaften (KNAW) beauftragt, eine Studie zum Thema Sprachenpolitik an den Hochschulen durchzuführen. Das Hochschul- und Wissenschaftsgesetz schreibt momentan noch vor, dass die Unterrichtssprache Niederländisch ist und nur unter bestimmten Umständen davon abgewichen werden darf, nämlich wenn:

- a. sich die Lehre auf eine Fremdsprache bezieht;
- b. die Lehre durch eine(n) anderssprachige(n) Dozenten/in gegeben wird;
- c. die spezifische Art, der Lehrplan, die Qualität der Lehre oder die Herkunft der Studierenden es verlangt.

Nur dann darf die Hochschule die Lehre in einer anderen Sprache anbieten. In der Praxis berufen Hochschulen sich oft auf die letzte Ausnahmemöglichkeit.

Mittlerweile ist eine neue Regierung angetreten. Diese hat in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, dass die Lehre bevorzugt nur dann auf Englisch angeboten werden soll, wenn dies einen deutlichen Mehrwert bietet. Des Weiteren muss die Qualität der Lehre gewährleistet sein und es muss weiterhin in ausreichendem Maße die Möglichkeit bestehen, auf Niederländisch zu studieren.

Die amtierende Ministerin hat im Juni 2018 angekündigt, den entsprechenden Artikel des Gesetzes zu ändern. Hochschulen werden damit gezwungen, die Wahl für eine andere Sprache als Niederländisch in der Lehre deutlich zu begründen. Diese Argumentation soll auch Teil der Akkreditierungsverfahren werden. Außerdem soll der neue Artikel dafür sorgen, dass für jede Studienrichtung immer auch ein ausreichendes Angebot auf Niederländisch vorhanden ist. Die genaue Formulierung des neuen Artikels und die hieraus resultierenden Auswirkungen auf das zukünftige Sprachangebot werden mit Spannung erwartet.

Die Studie der KNAW hat insgesamt einen deutlichen Beitrag zu der öffentlichen Debatte geleistet und ist weiterhin von aktueller Bedeutung: Die unterschiedlichen Gründe für die Wahl einer anderen Sprache werden ausführlich beschrieben und es wird auf mögliche Folgen für Lehre und Gesellschaft sowie auf einige wichtige Aspekte bei einer Entscheidung bezüglich der Sprachenwahl in der Lehre hingewiesen.

Eine Zusammenfassung dieser Studie in Englisch, die im Juni 2017 veröffentlicht wurde, lesen Sie auf den nachfolgenden Seiten.

Kontakt und weitere Informationen

Lennart Nooij

Strategisch Adviseur

College van Bestuur, Avans Hogeschool

E-mail: le.nooij@avans.nl

www.avans.nl

6.2. Studie der Königlichen Akademie der Wissenschaften zum Thema Sprachenpolitik an den Hochschulen in den Niederlanden

Summary

1. Context, assignment and approach

The number of study programmes in Dutch higher education in which instruction is provided in English, either wholly or partially, has increased steadily in recent years. The trend is strongest at research universities, but it is also evident at universities of applied sciences. The ascendancy of English as a language of instruction in Dutch higher education has given rise to much debate. Some believe it is a largely beneficial trend, for example with a view to internationalisation and quality of education. Others are worried about the quality of knowledge transfer or about detrimental consequences for culture and society.

This debate has led the Dutch Minister of Education, Culture and Science to ask the Royal Netherlands Academy of Arts and Sciences to conduct a foresight study into language choice and language policy in Dutch higher education in the broad sense, focusing specifically on the choice between English and Dutch. The Minister has requested solid data and arguments that can form the basis for a rational discussion of the value of instruction in Dutch and English and the conditions needed to guarantee the quality of higher education. The Minister has also asked the Academy to consider the effects of the increasing use of English in higher education on professional practice, on the progress of students into and within higher education, and on Dutch culture and society.

Because instruction in Dutch study programmes is typically provided in English and/or in Dutch, and in view of the Minister's request, the committee appointed to prepare the foresight study ('committee') has concentrated on these two languages. The foresight study is based on the available literature and reports on language choice, language policy and their effects, on reports by the institutions concerning their language

policy, and on interviews with representatives of the relevant organisations, university lecturers and students.

2. Arguments in favour of instruction in Dutch and/or English in higher education

The language of instruction chosen for a particular study programme is closely related to the nature and subject matter of that programme. However, the committee observes that three other categories of arguments are also put forward to justify language choice in higher education:

1. *Arguments related to internationalisation and quality of education:* Institutions of higher education operate in a highly international environment in which students are prepared to become world citizens and in which international student and staff exchanges are common. Such international exchanges can promote diversity and, consequently, benefit the quality of higher education. Many institutions assume that it is necessary to provide instruction in English to reap the benefits of internationalisation.
2. *Arguments related to the labour market and profession:* Where students go to work after graduation also determines which language of instruction is used in a particular study programme. Study programmes that prepare students for the Dutch labour market are more likely to have Dutch as the language of instruction, whereas those that prepare students for an international labour market usually use English.
3. *Business-related arguments:* Institutions of higher education compete with one another and seek the best methods to attract and retain good students and staff. If a large number of departments specialising in a particular field already offer English-language programmes, there is a considerable incentive for the remaining departments in that field to follow suit. In addition, choosing to provide English-language instruction may depend on the institution's wish to retain certain study programmes and/or to maintain or increase enrolment; that may be the case, for example, for certain programmes of higher professional education in border

regions, or for study programmes that attract only small numbers of students. Finally, the Dutch funding system and internationalisation goals also influence the language policy of institutions of higher education.

3. Impact of language choice and language policy on education and quality of education

The committee understands the significance and relevance of the above considerations and arguments, although it also observes that these arguments are not always based on factual evidence. In addition, it has found that actual language choices and language policies vary considerably. The choices made at universities of applied sciences may differ from those made at universities, for example because the instruction offered by the former is geared more towards professional practice; similarly, the factors at play in Bachelor's degree programmes may differ from those in Master's degree programmes. The choice of language further may be closely related to the nature and subject matter of the study programme. The committee observes that institutions do not always make enough allowance for such diversity in their language policy. Moreover, in many cases there is a need for a broader, more meticulous language policy than is now the case. More specifically, based on the data that it has obtained, the foresight committee notes the following:

Language choice and quality of education

One of the advantages of instruction in English, according to the institutions, is that it allows foreign students to enter the Dutch education system, thereby promoting an 'international classroom'. The presence of foreign students and international staff can have a positive effect on the quality of the study programme, the institutions claim. Generally speaking, instruction in English is also considered of 'better quality' than instruction in Dutch. Indeed, according to the committee, instruction in English need not be provided at the expense of educational quality, and in fact may help improve that quality. However, the committee points out two crucial conditions for preserving or improving the quality of education:

1. To offer an effective English-language study programme, institutions must invest in the subject-specific and pedagogical aspects associated with their language choice. This means that they must do more than merely require lecturers and students to have a certain minimum command of the language and offer language courses. Resolving to offer a study programme, course or even just a specific subject in English requires judicious guidance and decision-making. In addition, to achieve the desired level of quality, both lecturers and students must have a good command of the language of instruction. Lecturers must not only have the requisite proficiency in the language but also the pedagogical skills needed to teach effectively in a foreign language. For instance, they should be able to give examples referencing to current events or matters of relevance to students, to allow for students' language proficiency when marking papers or exams, and to train students' language skills.
2. To take full advantage of the enriching presence of foreign students and staff, both students and staff must master an adequate number of intercultural skills. In addition, lecturers must cultivate skills that allow them to provide effective instruction in a diverse and international environment.

Labour market diversity

One frequent argument used to justify language choice is the need to prepare students for the labour market. The assumption is that the labour market is growing increasingly international, which is then considered to justify the decision to provide a certain study programme in English. In reality, however, the labour market for university graduates is extremely varied. Sometimes graduates do end up working in a highly international setting, but for many the context is predominantly national or mixed. For many study programmes, then, English is by no means the obvious choice as the language of instruction (whether or not as the sole language). In addition, while a good passive command of English is sufficient in some professional settings, in other environments graduates need to be able to express themselves fluently and with great precision both in English and Dutch. The committee observes that universities do not always make enough allowance for this diversity and the associated need for differen-

tiation, either in their language choice or in their language proficiency policy.

Dutch language proficiency

Many institutions of higher education assume that students enrolled in English-language study programmes do not need to work on their Dutch language proficiency. However, in many cases sound professional preparation really does dictate a need for training in Dutch language proficiency. It is also important for foreign graduates and their integration into Dutch society to have a satisfactory command of Dutch, both in their subject area and informally. They are more likely to remain in the Netherlands that way and make a positive contribution to Dutch society and the Dutch economy.

Language of communication and employee representation

Internationalisation and the growing number of English-language study programmes have consequences for the language of communication at institutions of higher education. Specifically, difficult discussions are being waged about the language of communication at board meetings, with regard to employee representation, and in everyday work situations. In the case of employee representation, choosing English as the language of communication may exclude groups that are less proficient in this language; in many cases, this is the support and administrative staff. On the other hand, choosing Dutch makes participation difficult for foreign students and staff. The committee advises institutions to seek options that allow all groups to participate as much as possible. One interesting approach is the 'parallel languages' solution, in which those attending a meeting speak in either Dutch or English, depending on their own abilities and wishes. They can assume that the other attendees understand them and are capable of comprehending texts written in the other language. Another option is to ensure that all groups have a good enough command of the language of communication to participate actively in policymaking and decision-making, for example by offering them intensive language training.

4. Social and cultural impact of language choice and language policy

The committee has been unable to find hard evidence concerning the impact of the increase in English-language study programmes on students' progress from secondary to tertiary education and within tertiary education as such (for example from Bachelor's to Master's degree programmes). The only thing that is clear is that bilingual instruction at secondary level provides significantly better preparation for English-language instruction in higher education than a monolingual approach. The committee recommends further study of this issue.

By and large, English-language instruction appears to have a negative impact on students with a migration background and on students from a disadvantaged background. Once again, however, little is known about causality and the effects of certain language policy choices. Further study is therefore advisable.

The growing extent to which instruction is provided in English in higher education means that Dutch is losing traction as the language of academia. In the committee's view, there is a risk that this will drive a wedge between academia and Dutch society in general, and make it more difficult to communicate the results of scientific and scholarly research to the public. The committee would like to see further research exploring the extent to which the rise in English-language instruction in higher education is influencing the use of Dutch in the society and culture of the Netherlands.

5. Points to consider

In line with the above comments, the committee has identified various points for institutions of higher education to consider when making language choices and developing a language policy. They are:

- The language of instruction must be a conscious choice, and not one that is simply made on autopilot. Differentiation is essential. For every department, language (policy) choices should be made that allow for the specific objectives of the study programme in question and the relevance of the following arguments: international mobility, subject matter and quality of education, progress of students, academic training and preparation for the

(diverse) labour market (including work in academia). Regardless of the department or study programme, there must always be good, subject-specific, evidence-based reasons for providing instruction in a particular language and for choosing a certain modality to achieve the relevant objectives (instruction entirely in English, instruction entirely in Dutch, or more differentiated; relevant scenarios are given in Chapter 6 of this foresight report).

- Although the institution may set the course for the overall language policy, the language of instruction is best decided at department/programme level. It then becomes possible to allow for the nature of the study programme, the educational resources to be used, the specific profession for which students are being trained, and so on. As far as relevant in the light of the institutional arrangements, language choices ought to be made in consultation with the central board of the institution.
- In choosing to provide instruction in English, institutions must be well aware of the associated costs and benefits, opportunities and risks, and advantages and disadvantages. These include both 'hard' costs and benefits (e.g. rise in enrolment, but also the costs involved in language training or translation of the teaching and examination regulations) and 'softer' costs and benefits (such as an international and diverse environment and access to the international labour market, but also the fact that the use of Dutch teaching materials is then excluded and that discussions may arise concerning the language of governance and employee participation).
- The decision to use a particular language of instruction should be firmly anchored in a supportive language and internationalisation policy. That policy should focus on:
 - the pedagogical aspects of providing instruction in a foreign language;
 - creating the conditions for a properly functioning 'international classroom' by investing specifically in the integration of foreign students and their contacts with Dutch students, in

- the intercultural skills of both students and lecturers, and in the pedagogical competencies of the lecturers;
- seeing that the language used in everyday work situations, in the boardroom and in employee representation is such that all those involved can participate effectively;
 - the various language skills that the study programme requires of students and lecturers and the best way for them to acquire those skills (in both English and Dutch);
 - the way in which lecturers assess and provide feedback on examinations, essays and other documents written in a language that is not their native tongue;
 - pedagogical evaluation and peer review of the subject matter and quality of education (within the department or institution), without this leading to further bureaucratisation or merely checking items off a list.

Chapter 6 makes several more specific recommendations based on these general points of consideration.

Weitere Informationen

Königlich Niederländische Akademie der Wissenschaften

www.knaw.nl

7. Weiterführende Lektüretipps für Interessierte

Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH): Braucht Deutschland eine bewusstere kohäsive Sprachenpolitik? Diskussionspapier der Alexander von Humboldt-Stiftung 11/2007.

AvH/DAAD/GI/HRK: Deutsch als Wissenschaftssprache. Gemeinsame Erklärung der Präsidenten von AvH, DAAD, Goethe-Institut (GI) und HRK, 18. Februar 2009.

Ammon, Ulrich: Die Stellung der deutschen Sprache in der Welt. Berlin 2015.

Arbeitskreis Deutsch als Wissenschaftssprache (ADAWIS e.V.): Die Sprache von Forschung und Lehre: Welche – Wo, für Wen?. Berlin 2013.

Brandl, Heike et al. [Hrsg.]: Mehrsprachig in Wissenschaft und Gesellschaft. Mehrsprachigkeit, Bildungsbeteiligung und Potenziale von Studierenden mit Migrationshintergrund. Bielefeld 2013.

CercleS: Position Statement on Language Policy in Higher Education in Europe. CercleS. Europäischer Verband der Hochschulsprachzentren. 2013.

CercleS Focus Group on Language Policy: Guidelines for Defining a Language Policy for Institutions in Higher Education. 2013.

Council of Europe: Common European Framework of Reference for Languages. www.coe.int/lang-CEFR

DAAD: Memorandum zur Förderung des Deutschen als Wissenschaftssprache. Bonn 2010.

DAAD/HRK: Entwicklung von Sprachkonzepten. Ein Praxisleitfaden für deutsche Hochschulprojekte im Ausland. Bonn 2014.

DAAD/HRK: Nationaler Kodex für das Ausländerstudium an deutschen Hochschulen. Bonn 2012.

Deutscher Bundestag: Deutsche Sprache fördern und sichern. Deutscher Bundestag, Drucksache 17/14114. 2013.

Fandrych, Christian/Sedlaczek, Betina: I need German in my life. Eine empirische Studie zur Sprachsituation in englischsprachigen Studiengängen in Deutschland. Tübingen 2012.

Giessen, Hans W./Krause, Arno/Oster-Stierle, Patricia/Raasch, Albert [Hrsg.]: Mehrsprachigkeit im Wissenschaftsdiskurs. Ein Panorama der Möglichkeiten und Schwierigkeiten. Baden-Baden 2018.

Goethe Institut / DAAD / Institut für Deutsche Sprache: Deutsch in den Wissenschaften. Beiträge zu Status und Perspektiven der Wissenschaftssprache Deutsch. München 2013.

Hettiger, Andreas: Sprachenpolitik an deutschen Hochschulen. Grundlagen und Perspektiven. Hohengehren 2018.

Hettiger, Andreas [Hrsg.]: Vorsprung durch Sprachen. Fremdsprachenausbildung an den Hochschulen. Dokumentation der 28. Arbeitstagung des Arbeitskreises der Sprachzentren e.V. Bochum 2015.

HRK: Auf internationale Erfolge aufbauen. Beispiele guter Internationalisierungspraxis an deutschen Hochschulen. Hochschulrektorenkonferenz. Bonn 2014.

HRK-Expertise-Manual: Mehrsprachigkeit in Studium und Lehre. Prozessbeschreibungen aus deutschen Hochschulen. Bonn 2018.

HRK: Sprachenpolitik an deutschen Hochschulen. Empfehlung der 11. Mitgliederversammlung der Hochschulrektorenkonferenz. Bonn 22.11.2011.

HRK: Zur Internationalisierung der Curricula. Empfehlung der 22. Mitgliederversammlung der Hochschulrektorenkonferenz. Bielefeld 9.15.2017.

Mittelstraß, Jürgen/Trabant, Jürgen/Fröhlicher, Peter: Wissenschaftssprache. Ein Plädoyer für Mehrsprachigkeit in der Wissenschaft. Stuttgart 2016.

Oberreuter, Heinrich/Krull, Wilhelm/Meyer, Hans Joachim/Ehlich, Konrad [Hrsg.]: Deutsch in der Wissenschaft. Ein politischer und wissenschaftlicher Diskurs. München 2012.

Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Internationalisierung von Hochschulen. Drucksache 7118-18, München 2018.

HRK Hochschulrektorenkonferenz

Leipziger Platz 11
10117 Berlin

Tel.: 030 206292-0
Fax: 030 206292-15
www.hrk.de